

Leipzigs NEUE

EINE LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG

■ Wie wir heute bauen ...

... werden wir morgen abreißen. Dabei, so meint Autor Bernd Weinkauf, sei das wie mit der Zahnpflege: Sinnvoll ist immer nur die Prophylaxe. **Seite 5**

■ Deutsche, Tschechen, Slowaken

Zu Eckpunkten einer bemerkenswerten Ausstellung im Zeitgeschichtlichen Forum, die dennoch durch Weglassen manches fälscht. **Seite 7**

■ Stasi-Olympiagold – Oh Gott!

CDU-Bundestagsabgeordneter will wissen, ob auch wirklich alle Athen-Reisenden auf eine eventuelle Stasi-Tätigkeit überprüft wurden. **Seite 13**

13

2004

12. Jahrgang

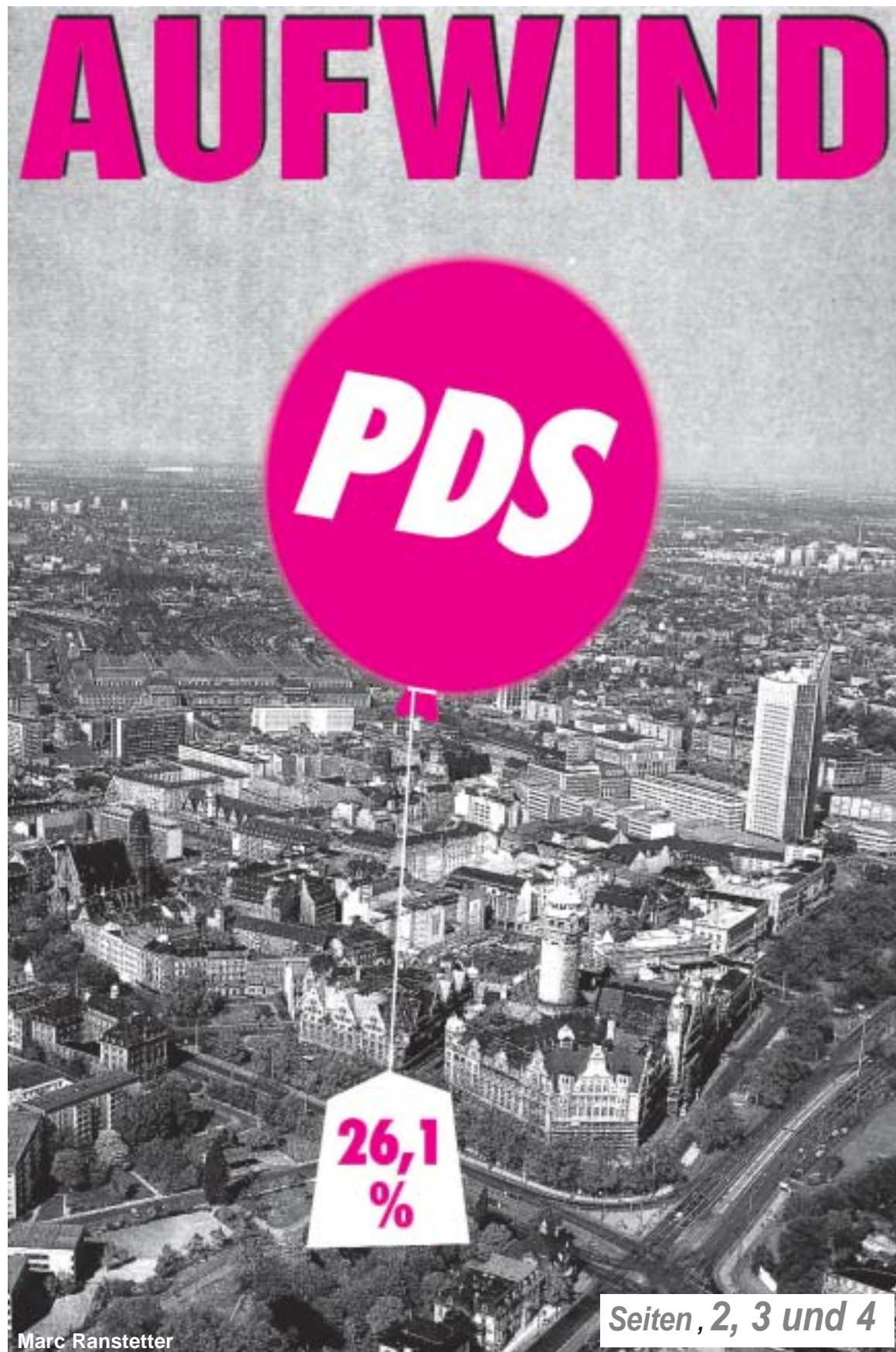
25. Juni

1 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345



Marc Ranstetter

Seiten , 2, 3 und 4

Alles nur noch Fußball?

Brot und Spiele – das waren im alten Rom die Garanten für den Machterhalt der Senatoren.

Fürs Brot ist heutzutage die führende Partei, die SPD, verantwortlich und für die Spiele Rudi Völler. Aber ob nun Politik oder Fußball, alles geht für das gemeine Volk irgendwie gleich aus, so quasi alles auf der niederen Ebene Deutschland gegen Rumänien oder Ungarn.

Falls es die nächsten Tage bei der Europameisterschaft in dieser Qualität weitergeht, erspart uns das wenigstens diesen gemeingefährlichen Nationalstolz, der nur allzu gerne ins Nationalistische abrutscht.

Dennoch. Spiele brauchen wir halt doch. Nicht nur für die Männer. Aber brauchen wir die SPD? Münzfering kennt auf diese Frage in den derzeitigen Krisensitzungen nur ein beschwörendes JA.

Aber das Volk, das Brot verlangt, das auf Arbeit hofft, auf ein Ein-Klassen-Gesundheits- und -Bildungswesen, auf eine ordentliche Rente und überhaupt auf einen sozialen Ausgleich zwischen unten und oben, das sagt inzwischen nicht nur vehement Nein zur SPD – die damit ihren Status als Volkspartei verliert. Es sagt überhaupt nichts mehr. Und das ist das Schlimmste, was „demokratische“ Parteien anrichten können.

Allein in Leipzig, wo die SPD dank Wolfgang Tiefensees – kaum zu begründenden – Selbstbewusstseins noch einen kleinen, wenn auch von Wahl zu Wahl schwindenden Bonus hat, steigt die Zahl der Nichtwähler unaufhörlich. Wo ist die Demokratie, wo ist die Herrschaft des Volkes, wenn sich in einer Halbmillionenstadt 240 531 Wahlberechtigte ihrer Stimme zu den Europawahlen enthalten und 245 344 Bürgerinnen und Bürger darauf verzichten, einen neuen Stadtrat mitzuwählen?

Das ist tödliche Resignation. Schuld daran ist keinesfalls die Trägheit der Leute oder ihre Lust lediglich noch am Fußball und anderen Spielen. Ursache ist die beinahe täglich erlebte Enttäuschung darüber, dass man der Politik seine Stimme nur noch abgeben darf. Und damit ist sie weg. Verschwunden. Ungehört. Ungebraucht.

Allerdings: Die Suche nach Mitbestimmungsrechten fängt ohnehin nicht im Wahllokal an. Wer wirklich mitbestimmen will, geht vorher schon auf die Straße.

• M. WARTELSTEINER

Sparkassen-Fusion mit Zugewinn

Unternehmensfusionen, namentlich im Bereich des Geld- und Kreditgeschäfts, haben hierzulande keinen guten Ruf. Sind sie doch meist mit Rationalisierungseffekten verbundenen, die zu einem Abbau beim Service nicht so gut betuchter Kunden und von Arbeitsplätzen führen. In der vergangenen Woche hatte der Leipziger Stadtrat über eine Fusion zweier Unternehmen im Finanzsektor zu entscheiden, das Zusammengehen der Leipziger Sparkasse mit der des Kreises Torgau-Oschatz. Die Kandidaten treffen sich jedoch nicht auf gleicher Augenhöhe. Während das messestädtische Kreditinstitut gesund und stabil ist, ist das des Landkreises stark angeschlagen.

Windige Kreditgeschäfte und schlechte Lobbyarbeit politischer Verantwortungsträger haben die Sparkasse Torgau-Oschatz ins wirtschaftliche Aus manövriert. Wenn sich kein rettender Engel gefunden hätte, bliebe nur die Schließung oder eine staatliche verordnete Zwangsfusion ohne Einfluss auf die dabei gültigen Konditionen. Als dritte Option bot sich das Zusammengehen mit einem gesunden Institut an. Als „weißer Ritter“ fand sich schließlich die Sparkasse Leipzigs. Sie ist kräftig genug, um dem angeschlagenen Schwesterinstitut wieder auf die Beine zu helfen – freilich um den Preis der Aufgabe seiner Souveränität. Aber welche Alternative hatten die Mitglieder des dortigen Kreistages. Schließlich geht es auch um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Und so stimmte der Kreistag Torgau-Oschatz der Fusion mehrheitlich zu.

Der Ball lag damit in Leipzig. Hier galt es, die Vor- und Nachteile des Zusammenlegens der beiden Kreditinstitute aus Leipziger Sicht abzuwägen. Letztere lagen in den wirtschaftlichen Risiken, die mit zu übernehmen sind, und in den Sanierungskosten von 22,5 Millionen Euro. Der Zugewinn besteht in neuen Kunden und der Ausdehnung des Marktes. Für das Image der Sparkassen insgesamt bleibt, das latente Problem aus dem Weg geräumt, im Falle des Konkurses der Sparkasse Torgau-Oschatz einen weißen Fleck bei ihrer flächendeckenden Präsenz entstehen zu lassen.

Für Leipzig warf die sich hiesige PDS-Fraktion mit einem Ergänzungsantrag ins Zeug, dass sich die Stadt verpflichtet, im Zuge der Fusion keine Jobs abzubauen. Von der Stadtverwaltung wurde er zustimmend übernommen, so dass es keinen Grund mehr gab, sich gegen die Sparkassenfusion zu stellen.

• JAN DIETRICH

Mit den Augen der DKP

... [Bei den Wahlen am 13. Juni] konnte die PDS 11 948 Stimmen bundesweit hinzugewinnen und zieht damit erneut und mit nunmehr sieben Abgeordneten, darunter Sahra Wagenknecht und Tobias Pflüger, ins EU-Parlament ein. Insbesondere bei der Landtagswahl in Thüringen ist das PDS-Ergebnis bemerkenswert ... Bei den EU-Wahlen verlor die PDS vor allem in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern Stimmen, offensichtlich als Quittung für die Beteiligung an einer Politik des Sozialabbaus durch die Landesregierungen. Wir knüpfen daran die Erwartung, dass die PDS-Abgeordneten die Wahlergebnisse nutzen werden, um im EU-Parlament eine Politik gegen Sozialabbau, Militarisierung und politische Machtkonzentration zu betreiben und damit als parlamentarische Stütze für verstärkte außerparlamentarische Bewegungen aktiv zu werden.

Die DKP, die erstmals seit 1989 an einer EU-Wahl und damit an einer bundesweiten Wahl teilnahm, hat mit 37 231 Stimmen (0,1 Prozent) ein bescheidenes, aber nicht unerwartetes Ergebnis erzielt. Erstmals war dadurch die DKP auch in den neuen Ländern wählbar, wo über dem Bundesdurchschnitt liegende Ergebnisse erreicht wurden.

DKP-Stimmen, das ist in dieser Parteienlandschaft Zustimmung zu unserer vorrangigen Orientierung auf die Sammlung aller Linkskräfte für den weiteren außerparlamentarischen Kampf gegen die derzeitige und künftige EU-Politik ohne jedwede Ausgrenzung. DKP-Stimmen sind auch Zustimmung zu einer Politik, die vor allem auf eine gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus setzt. Sie geht über die bisher in der außerparlamentarischen Bewegung geäußerte Kritik an SPD-Grüner-Regierungspolitik hinaus ... Der DKP standen 30 000 Euro für den EU-Wahlkampf zur Verfügung; das grenzt das öffentliche Wirken auf ein Minimum ein. Die Medien publizierten in der Endphase des Wahlkampfes Greuelmärchen über „terroristische Kader“ der DKP. So etwas verfehlt in der BRD niemals seine Wirkung. ...

• AUS DER ERKLÄRUNG DER DKP
ZUM AUSGANG DER EU-WAHLEN

Jubel bei der Wahlparty der PDS



Auch im Leipziger Land: Nichtwähler aus der Reserve locken

Auch im Landkreis Leipziger Land hat die PDS bei den Kommunal- und Kreistagswahlen am 13. Juni ein überaus positives Ergebnis erzielt und wurde nach CDU und SPD drittstärkste Kraft. Von insgesamt 119 aufgestellten PDS-Kandidaten schafften 85 den Einzug in die Parlamente. Im Kreistag erreichte die PDS mit 21,1 Prozent der Stimmen 13 Sitze. 63 Genossinnen und Genossen wurden Stadträte und neun Gemeinderäte.

Wolfgang Denecke, Vorsitzender des Kreisverbandes, würdigte in seiner Wahlanalyse die hohen Anstrengungen im Wahlkampf, die durch die Wählerinnen und Wähler honoriert worden waren.

Das gute Wahlergebnis sei ein Beweis dafür, dass vor allem die Inhalte des Wahlprogrammes überzeugend an die Bürger herangebracht worden waren und dass die PDS eine starke Basis besitzt.

Als bedauerlich bezeichnete Wolfgang Denecke die schlechte Wahlbeteiligung auch im Leipziger Landkreis, was jedoch Ansporn sein sollte, in den Bemühungen um die Bürger nicht nachzulassen, damit die Nichtwähler bei künftigen Wahlen von der Richtigkeit der PDS-Politik als einziger Alternative zur Politik der derzeitigen Regierungsparteien überzeugt werden.

• HANS-JÜRGEN BERG

KURZ DOKUMENTIERT

SPD-Landtagsabgeordneter Karl Nolle am 26. Mai:

Das Thema der heutigen Debatte ist wahrlich kein Späßthema, es erinnert uns daran, jedenfalls diejenigen, die sich den großen Luxus einer eigenen Meinung erlauben, dass dort, wo Milliarden fließen, auch immer die Gefahr besteht, dass gegraben wird, um abzuzweigen und abzustauben, was das Zeug hält. ...

Mich wundert es nicht, meine Damen und Herren, dass manch einer, der 1989 auf die Straße gegangen ist, sich heute verwundert die Augen reibt und feststellt, dass er in Sachsen anstatt der gewünschten Bananen inzwischen die dazugehörige Bananenrepublik bekommen hat.

Der Redakteur für Sonderaufgaben der Leipziger Volkszeitung, der seit Jahren die Delegitimierung der DDR im Stil eines Boulevardblattes unterstützt, hatte wieder einmal zugeschlagen, aber erneut daneben gegriffen.

Am 8. Juni kündigte er in seinem Blatt einen Mammutprozess des Landgerichtes Leipzig gegen den Leiter des Meeraner Kinderheimes für schwererziehbare Kinder und weitere drei Erzieher wegen angeblich brutaler Demütigung von Schutzbefohlenen zu DDR-Zeiten an. Detailliert und anklagend schilderte er die von einem ehemaligen Insassen vorgebrachten außerordentlich fragwürdigen Anschuldigungen gegen die Erzieher.

Das groß angekündigte Gerichtsverfahren, auf dem rund 50 Zeugen aussagen sollten, wurde nun bereits am ersten

Leipziger Landgericht lässt LVZ im Regen stehen

Verhandlungstag (14. Juni 2004) ausgerechnet auf Antrag der Staatsanwaltschaft eingestellt und lediglich Geldbußen, die scheinbar eine gewisse Alibifunktion erfüllen sollen, gegen drei Angeklagte verhängt. Schon das Chemnitzer Landgericht hatte sich vor Jahren vor diesem Prozess gedrückt und auf Verjährung entschieden. Doch Bundesverfassungsgericht und Bundesgerichtshof annullierten das Urteil und beauftragten Leipzig mit der Wiederaufnahme des Verfahrens – mit oben genannten Ergebnis.

Warum wurde plötzlich auf die Möglichkeit verzichtet, das heute allgemein anerkannte System der Bildung und Erziehung in

Ein Gespenst geht um in
Deutschland –
das Gespenst der PDS ...
Frei nach Marx /
Engels, Manifest der
Kommunistischen Partei

„Doch dass sie (die SPD) im Land ihrer eigenen Parteigründung, in Thüringen, mit einem Stimmenanteil von 14,5 Prozent abgefertigt wurde wie ein politisches Relikt ohne Wert, hat sie mehr schockiert als die gesamtdeutsche Absage eines europamüden Wahlvolkes. Dass obendrein die PDS mit Stasi-belasteten ostdeutschen Landeslisten fast ein Viertel aller Wähler überzeugte (in Brandenburg gar 30 Prozent), muss nicht nur wegen der populistischen Strategie der SED-Nachfolgerin bedrücken.“

Herausgeber und Chefredakteur
Michael Neumann in Die Zeit
Nr. 26
vom 17. Juni 2004

LESER MEINEN

Keine Bagatelle!

Ende Mai wurde im Leipziger Peterssteinweg das Lokal „Ständige Vertretung“ eröffnet. Es soll eine Vertretung des Rheinlandes in Leipzig sein und führt als Untertitel die Begriffe „Rheinisch, sächsisch, politisch“.

Bei der Besichtigung des Lokals stellte ich fest, dass an seiner Stirnseite als Blickfang ein Plakat hängt, das offenen Revanchismus verkörpert.

Darauf dargestellt ist ein dreigeteiltes Deutschland in den Grenzen von 1937 mit der Aufschrift „dreigeteilt? niemals!“.

Die DDR bildet die Mitte Deutschlands und die deutschen Ostgrenzen liegen weit in Polen. Auf den politischen Inhalt dieses Plakats aufmerksam gemacht, wurde es bagatellisiert.

Mit Bagatellisierung fängt so etwas an. Wo hört es auf?

CLAUS BRÜNING,
LEIPZIG

der DDR zu diskriminieren? Nach Recherchen von LN betrachten in Meerane viele Bürger, die das Kinderheim und seine Erzieher kannten, die Anschuldigungen als unglaublich und den Kläger als Phantasten und Opfer dubioser politischer Stimmungsmacher. Waren auch einige Zeugen dieser Ansicht?

Der Redakteur für Sonderaufgaben steht nun im Regen. In einem weiteren Beitrag vom 16. Juni unterstellt er nun dem Leipziger Landgericht anklägerisch Verzicht auf spektakuläre Enthüllungen. Das also sind die heimlichen Wünsche eines unheimlichen Schreibers.

• M. BOLS

Europa-Wahlergebnis in der Stadt Leipzig

Ausgezählt sind alle 372 Wahlbezirke
Wahlberechtigte 394 951
Wähler 154 420 (39,1%)
Ungültige Stimmen 4 952 (3,2%)
Gültige Stimmen 149 468 (96,8%)

davon	absolut	Prozent	Differenz zu '99	Erg. '99 in %
CDU	38 648	25,9	-8,3	34,1
PDS	40 456	27,1	1,3	25,7
SPD	28 917	19,3	-7,5	26,8
GRÜNE	18 149	12,1	7,1	5,0

Angetreten waren ferner: REP FDP NPD Die Tierschutzpartei DIE FRAUEN GRAUE PBC CM ödp BüSo ZENTRUM Deutschland Unabhängige Kandidaten AUFBRUCH DKP DP FAMILIE PSG

Kommunal-Wahlergebnis in der Stadt Leipzig

Jeder Wähler hatte drei Stimmen – ausgezählt sind alle 372 Wahlbezirke
Wahlberechtigte 399 596
Wähler 154 252 (38,6 %)
Ungültige Stimmzettel 4 668 (3,0%) Gültige Stimmzettel 149 584 (97,0 %)
Gültige Stimmen 434 364

davon	absolut %	Prozent	Diff. zu '99 in %	Erg. '99 in %
CDU	110 920	25,5	-6,5	32,0
SPD	116 687	26,9	0,7	26,2
PDS	113 224	26,1	0,4	25,7
GRÜNE	43 606	10,0	2,6	7,5
WV VS-BA	11 336	2,6 9	0,0	2,6
FDP	19 559	4,5	1,9	2,6
FORUM	6 907	1,6	-0,1	1,7
DSU	7 927	1,8	0,4	1,4
DG	1 704	0,4	0,3	x
PLB	2 494	0,6	0,6	x

PDS hat Morgenluft

Zwar titelte die LVZ am Dienstag nach der Wahl: *PDS wittert Morgenluft*. Aber so sehr des Zitierens würdig ist das Blatt ja nun auch nicht. Noch dazu ein einstiger SED-Genosse und gebliebener Redakteur sich nicht einmal erinnerte, dass die PDS-Abgeordneten quasi schon zum Stammpersonal des Europa-Parlaments gehören. Er meinte – und keiner korrigierte es –, sie sei nun erstmals dort vertreten. Kennt keiner mehr in der LVZ Hans Modrow? Schwer zu glauben. Wie gallebitter für die CDUCSUSPDBündnis90/Die-GrünenFDP-Truppe, sich ausgerechnet von der PDS die Show stehlen lassen zu müssen. Da wollte manchem der eigene Wahlsieg gar nicht mehr so recht schmecken, wo doch diese sogenannten Demokraten nur auf Populismus machen und keine Programme haben und überhaupt ... Entnerve Versuche, die nur eins wollen: nicht sehen, was offensichtlich ist. Eine Partei wie die PDS, die 1990 wahrlich einen schweren Stand hatte, schafft es kaum mit leeren Phrasen zu überzeugen, dass sie nicht zu denen gehört, die heute versprechen und morgen brechen. Um solcherart glaubwürdig zu sein, braucht es sehr wohl Programme und Konzepte und vor allem Kompetenz und Bürgernähe. Das wurde honoriert – in ganz Sachsen, in Sachsen-Anhalt, zu den Landtagswahlen in Thüringen und zur Europawahl. So bitter aus der PDS-Erfolgsserie das Bundestagswahlergebnis 2002 herausfällt, heilsam war es gewiss. Allerdings hatte die PDS bei dieser verlorenen Wahl immer noch 400 000 Wähler mehr als jetzt zur gewonnenen Europawahl. Was steigt, sind lediglich die Prozente. Das ist möglich, weil – nicht nur massenhaft in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern – frustrierte PDS-Wähler zu Hause blieben, sondern in Größenordnungen auch die der SPD.

Dennoch, es zählen die Prozente. Und schaut man sich Sachsens Kommunalwahl-Ergebnisse an, so zeigt sich nicht nur ein genereller Zuwachs für die PDS – ganz besonders in Chemnitz, wo sie nun die stärkste Fraktion stellt und in Hoyerswerda, wo sie ihre Spitzenposition behaupten konnte. Es zeigt sich auch, warum der CDU-Jubel über gewonnene Wahlkreise inzwischen kleinlauter wird. Man kann das Alphabet durchgehen von Aue über Bautzen, Coswig, Döbeln, Dresden, Eilenburg, Glauchau, Radebeul bis Zittau, die sieggewohnte CDU musste teilweise verheerende Verluste hinnehmen. Die SPD sowieso. Davon aber konnte die PDS nur wenig profitieren. Das taten in erster Linie Wählervereinigungen von Borna über Freiberg bis Meerane, die teilweise aus dem Stand, so wie in Crimmitschau 32,3 Prozent holten. Von Politikmüdigkeit kann da trotz der miserablen Wahlbeteiligung von rund 50 Prozent kaum die Rede sein. Von – vorsichtig ausgedrückt – Geschichtsblindheit sehr wohl. Wie sonst hätten sich 10,3 Prozent der Wähler in Chemnitz für die Republikaner entscheiden können – und andernorts sogar noch mehr. Allein die Muldentaler Ergebnisse machen Angst. Wählerschelte, berechtigt!, ist das eine. Dass Nazis in Nadelstreifen längst in der Politik – und damit in den „demokratischen“ Parteien – schalten und walten und rechtsextremes bis faschistisches Gedankengut alltagsfähig machen, ist das viel gefährlichere andere.

• WART

Wer fragt, wie die Nazis so zulegen konnten ...

... hier einige Gründe und linke Gegenaktivitäten

„Kein schöner Land – linke Strukturen stärken!“ Unter diesem Motto fand am 12. Juni eine Antifaschistische Demonstration durch Pirna statt.

Die PDS-Jugend Sachsen unterstützte sie mit zahlreichen Teilnehmern.

Schon im November 2000 riefen Parteien, Gewerkschaften und die Aktion „Zivil Courage Pirna“ zu einer Demonstration in Pirna unter dem Motto „Zeichen gegen Rechts“ auf. Etwa 600 Menschen folgten diesem Aufruf. 70 Nazis aus dem Umfeld der SSS (Skinhead Sächsische Schweiz) und der NPD warfen mit Flaschen und Steinen nach ihnen. Nachdem die Demo die Nazis abgedrängt hatte, fanden die schnell ein neues Ziel: den türkischen Imbiss. Er war schon zuvor immer wieder Angriffen durch Nazis ausgesetzt. Nur wenige Demonstranten stellten sich zusammen mit 15 PolizistInnen schützend vor den Imbiss, um Schlimmeres zu verhindern.

Auch auf Friedensdemos gegen den Irakkrieg versuchten die Nazis Fuß zu fassen. So am 22. Februar 2003, als etwa 70 Nazis aus Dresden und aus dem Umfeld der SSS die Friedenskundgebung für ihre Zecke nutzten. Das ging soweit, dass die verbliebenen Antifas von den Bürger-

rinnen und Bürgern als Störfaktor aufgefasst und schließlich von der Polizei daran gehindert wurden, die Nazis zu bekämpfen.

Seit dem Fall Joseph in Sebnitz (der Junge, der im Schwimmbad ertrunken war) macht die Politik sozusagen auf Schadensbegrenzung, so auch am Tag der Sachsen in Sebnitz 2003. Neben den Parteien nutzten auch Nazis aus der Sächsischen Schweiz, der *Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO)* und des *Nationalen Bündnisses Dresden* die Möglichkeit, um sich selbst zu präsentieren. Die Stadt stellte ihnen Platz für ihre Stände zu Verfügung.

Die Podiumsdiskussion wurde von Anfang an von den Nazis gestört und schließlich übernommen. Der Vertreter des Staatsschutzes (Polizeidirektion Pirna) forderte nach starken Zwischenrufen und Störungen Rederecht für den stellvertretenden NPD-Vorsitzenden Holger Apfel, das ihm prompt gewährt wurde.

Anstatt das Podium protestierend zu verlassen, begaben sich die PodiumsteilnehmerInnen in eine unsägliche Diskussion mit diesem Nazi, darunter Innenminister Horst Rasch (CDU), Sozialministerin Helma Orosz (CDU), der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtags-

fraktion Peter Adler und Jan B. von der *Aktion Zivilcourage*.

Die Drogerie Sonneneck in Pirna darf auf keinen Fall in dieser Aufzählung fehlen. Trotz ihres sonnigen Namens betreibt sie dunkelsten Rassismus. Die Ladenbesitzerin teilt auf einen Schild im Schaufenster mit: **„Ausländer haben hier zu warten! Sie können Ihre Wünsche äußern. Unmittelbar in das Geschäft nur mit Begleitperson. (Mitarbeiter/Chefin).“**

Als im Jahre 2002 die SSS verboten wurde und entsprechende Hausdurchsuchungen stattfinden mussten, wurden extra Polizeieinheiten aus Bayern, Brandenburg und Thüringen eingesetzt. Man befürchtete das große Risiko, dass über eingeweihte Beamte Informationen über die Durchsuchungen vorab an die Verdächtigen gelangen würden.

Das sind nur einige Beispiele aus einer Reihe von rassistischen Begebenheiten in Sachsen und ganz besonders in seinen östlichen Landesteilen waren wohl Grund genug für eine antirassistische Demonstration, wie sie in Pirna einen Tag vor den Europa- und Kommunalwahlen in Sachsen stattfand.

Dabei war es für die Antifas in Pirna

nicht gerade einfach, alle Hindernisse zu überwinden: vor allem die starken Vorkontrollen und die ständigen Angriffe durch die Polizei. Dazu kamen die ständigen Attacken der Nazis, vor denen uns die Polizei ja eigentlich schützen sollte. Daran aber hatte die kein wirkliches Interesse. So war es ein Leichtes für die Nazis, nach ihrer angemeldeten Gegenkundgebung vom Bahnhof aus in kleinen Gruppen von 50 Mann der Polizei zu entfliehen und Polizeiketten zu zerbrechen und schließlich die Antifa-Demo anzugreifen.

Trotzdem konnten wir Ruhe bewahren. Und bis auf ein paar blutige Nasen und ein paar aufgeschreckte Polizeipferde ist nichts Schlimmeres passiert.

Die Demoanmelder, unter anderem der PDS-Landtagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt, Matthi Gärtner, haben Konsequenzen angekündigt.

Bei 9 Prozent in Pirna, 21,2 Prozent in Königstein, und 25,4 Prozent in Reinhardtsdorf-Schöna für die NPD, sollte lieber nie wieder einer, auch kein Landtagsabgeordneter der PDS, etwas gegen eine antifaschistische Demonstration sagen. Und vor allem keine Ängste und Befürchtungen schüren.

• MARTIN BERTRAM

PDS-Spitzenleute mit Spitzenergebnissen in Spitzenposition

LN. Noch einmal Zahlen, wenn auch diesmal nicht die ganze Leipziger Parteienpalette. Es sind klare, absolute Zahlen für alle, die meinen, die PDS habe nur Protestwähler auf sich vereinigt und auch keine wählbare Personage. Wenn jedoch von zehn Leipziger Wahlkreisen acht, teilweise haushoch, von den PDS-Spitzenleuten – bisherige Mitglieder der PDS-Stadtratsfraktion – gewonnen werden, dann spricht das Bände darüber, wie diese Frauen und Männer anerkannt und geschätzt werden. Nicht, weil sie so schön reden können, sondern weil ihren Worten auch

Taten folgen. Ein Pfund, das nun auch bei den Landtagswahlen im September zu Buche schlagen sollte.

Und noch etwas zeigt Genosse Trend:

Gewiss hat der sogenannte Tiefensee-Effekt in Leipzig der „Volkspartei“ SPD geholfen, nicht so hoffnungslos abzuschmieren wie in anderen sächsischen Wahlkreisen. Aber auch in Leipzig verlor die SPD von einer Wahl zur anderen gehörig an Stimmen, während die PDS kontinuierlich zulegte.

Spitzenposition

Leipziger Wahlkreise	Partei	Prozente für Partei im WK	Spitzenkandidat der erstplatzierten Parteien im WK	Stimmen für den Spitzenkandidaten
WK 1	PDS	24,0	Schlegel, Siegfried	5 466
	SPD	30,3	Rauer, Manfred	4 199
	CDU	21,8	Dr. Heymann, Sabine	4 171
WK 2	PDS	30,1	Dr. Tippach, Lothar	7 621
	SPD	25,5	Glöckner, Ingrid	3 726
	CDU	27,2	Maciejewski, Ansbart	2 712
WK 3	PDS	26,5	Dr. Brand, Bernhard	6 221
	SPD	25,6	Dr. Fischer, Joachim	4 990
	CDU	32,5	Opitz, Annemarie	3 891
WK 4	PDS	24,0	Hollick, Margitta	5 790
	CDU	26,0	Billig, Stefan	4 573
	SPD	26,2	Geiling, Peter	4 538
WK 5	PDS	22,4	Dr. Külow, Volker	5 952
	SPD	29,6	Dyck, Axel	5 211
	CDU	18,4	Clemen, Robert	2 686
WK 6	PDS	23,0	Engelmann, Reiner	6 148
	CDU	26,0	Schmidt, Jutta	4 372
	SPD	26,9 2	Köhler-Siegel, Ute	3 868
WK 7	PDS	36,6	Dr. Pellmann, Dietmar	7 779
	CDU	23,3	Achminow, Alexander	4 349
	SPD	25,6	Wesser, Jürgen	4 262
WK 8	SPD	26,0	Schulze, Christian	3 685
	PDS	24,2	Ulrich, Rüdiger	3 560
	CDU	27,2	Liebscher, Peggy	2 917
WK 9	PDS	25,6	Denecke, Wolfgang	4 880
	SPD	25,3	Pötzsch, Gerhard	4 730
	CDU	26,7	Rost, Wolf-Dietrich	4 604
WK 10	SPD	26,3	Müller, Claus	5 176
	CDU	28,2	Heinrich, Gerd	4 976
	PDS	26,6	Grosser, William	4 590

Leipziger Kommunalwahlen

Wahl 1990 (insgesamt 128 Sitze)

	gültige Stimmen	Prozent	Man-date
SPD	296 201	35,3	45
CDU	225 208	26,8	34
PDS	108 866	13,0	17
Bün.90	63 081	7,5	10
DSU	35 735	4,3	6
Bund Freier Demokr.	33 983	4,0	5
Grüne	30 954	3,7	5
F.D.P.	9 689	1,2	2
DFD	5 932	0,7	1
Einzelbewerber			
Magirus	5 639	0,7	1
Unabhängiger			
Frauenv.	5 545	0,7	1
Volkssolidarität	3 917	0,5	1

Wahl 1994 (70 Sitze)

SPD	181 431	29,9	21
CDU	141 610	23,4	17
PDS	138 996	22,9	16
GRÜNE	83 574	13,8	10
F.D.P.	20 848	3,4	2
DSU	21 702	3,6	2
BAUMANN	519	0,1	-
FORUM	17 607	2,9	2

Wahl 1999 (70 Sitze)

SPD	117 643	26,2	19
CDU	144 088	32,0	23
PDS	115 657	25,7	19
GRÜNE	33 520	7,5	5
DSU	6 314	1,4	1
F.D.P.	11 560	2,6	1
FORUM	7 436	1,7	1
UWM	1 984	0,4	-
(VV VS)	11 570	2,6	1



Im Jahre 1944 schenkte Adolf Hitler einem seiner treuen Generäle, Ritter von Leeb, 900 000 Reichsmark aus dem bei der Weltausplünderung gehorteten Reichtümern, für die dieser sich einen Wald bei Passau kaufte. Hätte er diesen Forst im Erzgebirge gekauft, wäre er 1945 im Rahmen der Bodenreform und in Erfüllung des Potsdamer Abkommens rechtmäßig enteignet worden und die Erben in Bayern könnten heute nicht von ihm leben, wie es tatsächlich der Fall ist. Dann würde er zur „Beute aus kommunistischen Raubzügen“ gehören, wie Albrecht Wendenburg, Anwalt und Vorsitzender eines Alteigentümer-

Demokratische Bodenreform im Visier der Alteigentümer

Verbandes mit dem harmlos klingenden Namen: „Arbeitsgemeinschaft für Agrarfragen e.V.“, das Bodenreformland provokatorisch bezeichnet.

Vielleicht wären diese Erben dann auch die Klienten des umtriebigen Anwaltes, der jetzt beim Europäischen Gerichtshof in Straßburg (Entscheidung 22. September 2004) durchsetzen will, dass durch die Bodenreform enteignetes Land den Alteigentümern zurückgegeben wird.

Am 17. Juni verteidigte er im Saal des *Zeitgeschichtlichen Forums* in einem Podiumsgespräch mit dem letzten Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maizere, seinen Generalangriff auf die völkerrechtlichen Verträge von 1990 (Zwei-plus-vier, Einigungsvertrag), die eine Rückgabe des durch die Bodenreform enteigneten Landes ausschließen.

Albrecht Waldenburg, der selbst Besitzer bei Halle sein eigen nennt, verkörpert das nach der Wende entstandene klassische Bild des „Wessi“. Anmaßend (– de Maizere wolle nur Altkommunisten gefällig sein –) demagogisch (– er wolle kein neues Unrecht schaffen –), populistisch (– würdigt angesichts des 17. Juni die Freiheitskämpfer im Osten –) und gerissen (– zitiert Lenin –) vertritt er die Besitzinteressen der Alteigentümer, die sich durchgängig als Opfer betrachten und von denen sich eine ganze Reihe unter den 90 Besuchern der Veranstaltung befinden. Sie unterstützen ihren Anwalt lautstark mit teilweise dreisten Zwischenrufen.

Es ist durchaus möglich, dass die Erben des Ritter von Leeb unter ihnen gesessen hätten, wenn dieser – wie gesagt – sich sein Waldgrundstück mit dem geschenkten Beutegeld im Erzgebirge gekauft hätte.

• MANFRED BOLS

§

Ab dem 1. Juli haben wir Bundesbürger einen weiteren Grund, jeden einzelnen Euro-Cent umzudrehen, bevor wir ihn ausgeben. Diesmal wird unser gutes Recht teurer – und das in einem Rechtsstaat, in dem angeblich jeder das Recht hat, ein ordentliches Gericht anzurufen, wenn er meint, dass ihm ein Unrecht widerfahren sei und er sein Recht durchsetzen müsse.

Die zehn Jahre alte Bundesrechtsanwalgebührenordnung (BRAGO) wird durch das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz abgelöst. Natürlich mit höheren Honorarsätzen als bisher. Im Osten wird es dadurch noch teurer, Recht zu bekommen. Statt der bisher 90 Prozent dürfen die Rechtsvertreter nun 100 Prozent in Rechnung stellen. Gewiss gerecht. Aber: Der Nichtjurist arbeitet weiter länger und für weniger Geld als im Westen. Wenigstens in einem Rechtsstreit dürfen wir uns künftig gleichberechtigt fühlen.

Zum Beispiel im Streit mit einem Chef, nach einer Kündigung. Wenn es dabei um einen Streitwert von 6750 Euro geht, zahlte man bisher 893,20 Euro für den Anwalt. Ab 1. Juli werden dafür 1393 Euro fällig – rund 56 Prozent mehr. Hinzu kommen die Gerichtskosten, die eben-

Das deutsche Recht dreht an der Kostenschraube

falls steigen. Von 320 Euro bisher auf 362 Euro demnächst.

Bei einer außergerichtlichen Einigung mit dem Chef würde der Anwalt bislang 281,25 Euro kosten; ab dem 1. Juli 487 Euro – 73 Prozent mehr. Sich mit dem Chef anlegen, kann also teuer werden. Das passt so richtig in die Zeit der zunehmenden modernen Versklavung. Denn jeder wird sich gut überlegen, ob er das Geld hat, um vor Gericht zu ziehen. Denn die Gerichte haben vorgebaut: Das neue Gesetz fordert von jedem Kläger in jeder Instanz eine Vorschusspflicht für die Gerichtskosten. Wer die nicht aufbringen kann, hat Pech gehabt.

Auch Mietstreitigkeiten sind gang und gäbe. Aber: Bei einem Streitwert von 10 200 Euro sind derzeit noch 480,80 Euro an den Anwalt zu zahlen. Mit dem neuen Gesetz werden es künftig 816,40 Euro sein – rund 70 Prozent mehr.

Was künftig billiger wird – um rund 28 Prozent – sind Familiensachen, Scheidungen beispielsweise.

Teurer werden alle Rechtstreitigkeiten, die unmittelbar mit dem Arbeits- und Sozialrecht sowie mit dem Sachenrecht im Zusammenhang stehen. Und das ist äußerst bedenklich. Wenngleich das Gesetz die Gerichte entlasten und außergerichtliche Einigungen dadurch gefördert werden sollen, bleibt der fade Beigeschmack, dass durch das Drehen an der Preisschraube das Recht in deutschen Landen nur noch jenen vorbehalten bleiben soll, die sich einen Streit um ihr gutes Recht finanziell leisten können. Rechtsprechung mutiert zur Luxusware.

• HANS-JÜRGEN BERG

Prozesskostenrisiko ab 1. Juli

Ausgaben für Anwälte und Gerichtskosten

Streitwert	2.500 Euro	1.037 Euro
Streitwert	7.000 Euro	2.239 Euro
Streitwert	10.000 Euro	2.890 Euro
Streitwert	125.000 Euro	9.554 Euro

Wer einen Prozess verliert, zahlt auch für den Anwalt des Gegners.

Von BERND WEINKAUF

Umfassende Unkenntnis, so heißt es, sei oft die beste Voraussetzung tiefster Überzeugungen. So hätte denn das Kolloquium zur Architektur der beiden Nachkriegsjahrzehnte in Leipzig, das am letzten Wochenende im Ringcafé (Ja, das ist noch benutzbar!) abgehalten wurde, reichlich Überzeugungsarbeit leisten können, wenn nicht nur all jene gekommen wären, die vom Wert dieser Bauten längst überzeugt sind. Im Verlauf der dreitägigen Veranstaltung, getragen von Kulturstiftung Leipzig, Universität und HTWK, diskutierten etwa 200 Teilnehmer fachlich fundierte Ansichten zu Zukunftsfähigkeit oder Verzichtbarkeit von Bauwerken jener Jahre. Für diese Erörterung sei es an der Zeit und noch nicht zu spät, sagte Regierungspräsident Steinbach zur Eröffnung und kündigte zugleich an, die Publizierung der Ergebnisse dieser Fachtagung deutlich befördern zu wollen.

Die „DDR-Moderne“, wie man den Zeitstil nach dem zweiten Weltkrieg inzwischen nennt, erfährt seit einiger Zeit im nationalen wie internationalen Kontext eine neue Bewertung, die nicht mehr durch ideologielastige Pauschalurteile getrübt ist. Die Bauzeugnisse der fünfziger Jahre, geprägt durch Rückgriffe auf nationale oder lokale Traditionen wie das Leipziger Bürgerbarock, gelten weitgehend als akzeptiert. Aber die Bauleistungen der sechziger Jahre dürfe man – speziell in Leipzig – nicht allein im Zusammenhang mit dem Barbarenakt der Sprengung der Paulinerkirche bewerten, forderte der Leipziger Kunsthistoriker Thomas Topfstedt. Beispielsweise stellen die Universitätsbauten im Klinikviertel, die DHfK, die Oper, die Hauptpost und das Roßmarktensemble nicht nur ideell überzeugende Beispiele für die gelungene Fortführung der Leipziger Bautradition dar, sie bieten auch in bautechnischer Hinsicht bis heute gültige, teilweise sogar einzigartige Lösungen. Aufschlußreich legte Simone Hain aus Berlin dar, wie ihr 36 Punkte umfassendes Gutachten bewirkt hat, das Uni-



Leipzigs Hauptpost – ein interessantes Stück Architektur. Damals noch auf dem Karl-Marx-Platz; mit intakter Uhr, frequentierten Schaltern und mit Leben erfüllten Büroräumen. Heute, auf dem Augustusplatz, herabgewürdigt zu einem beinahe abbrisreifen Gebäude.

Foto: Archiv

Wie wir heute bauen, werden wir morgen abreißen

Kolloquium zur Architektur der 50er und 60er Jahre in Leipzig

Hochhaus, neuerdings zu City-Hochhaus umgedeutelt, unter Denkmalschutz zu stellen. Es war von der Landesbehörde als „geringwertig und moralisch nicht integer“ eingestuft worden. Dabei ist es in Form und Inhalt ein einzigartiger Zeitzeuge: Seine konkav gewölbte Fassade – kein anderes Hochhaus weltweit ist so gebaut – bedingt eine höchst ineffiziente Flächennutzung, weil es eben keinem kommerziellen Zweck unterworfen ist. Dem Repräsentationsbau kam also eher die Funktion eines Großzeichens, einer „städtebaulichen Kompaßnadel“ zu, denn die eines Verwaltungsgebäudes. So entsprach die in Leipzig heftig angefeindete „sozialistische Stadtkrone“ in den sechziger Jahren eher den Hoffnungen „westlicher“ Städteplaner, die damit leben mussten, dass dort Banken und Industrieunternehmen das Stadtbild dominieren. Die Zerstörung der alten Universität zusammen mit der Unikirche bewirkte unbeabsichtigt einen spürbaren Schub für die Belange der Denkmalpflege, die unter dem Eindruck dieses „Sündenfalls“ ihre Dimension als politische Kraft erwarb. Für die DDR bezeichnet der Universitäts-

bau zugleich den Abschluss jener Phase in der Stadtgestaltung, die bewusst den Bruch mit der lokalen Tradition herbeiführte. Mit den siebziger Jahren setzte dann, bedingt durch ökonomische Zwänge, die „Boulevardisierung“ der Innenstädte ein, die mit sparsamerem Aufwand und geringeren Eingriffen in die historische Substanz zu leisten war. Doch gerade die Bauten, die im Stadtbild die Brüche in der Tradition dokumentieren (Altes Rathaus/Renaissance, Börse/Barock, Krochhaus/Moderne), stellen die prägenden Werte dar. So verdient das Jung-Alte ebenso Achtung und Respekt wie das Alt-Alte. Wer allein mit dem höchst wandelbaren Argument der „Schönheit“ die Zertrümmerung der gebauten Geschichte der letzten fünfzig Jahre betreibt, folge in Wahrheit marktwirtschaftlichen Orientierungen, schlußfolgerte der Berliner Architekturkritiker Wolfgang Kil. Gewissermaßen als Grundgedanken für die gesamte Problematik zitierte HTWK-Professorin Annette Menting zeitübergreifend gültig eine bereits 1978 geschriebene Sentenz des bedeutenden sächsischen Denkmalpflegers Heinrich Magirius:

„Beim Bau in und an alten Städten steht nicht nur die Verwendbarkeit des Alten, seine Anpassung an das gegenwärtige gesellschaftliche Leben zur Debatte, hier wird auch umgekehrt mit Fug und Recht das Gegenwärtige am Wert des Alten meßbar, hier bleiben Maßstäbe präsent, die man nicht ohne Schaden für die eigene Zeit vernichten kann.“

Der Leipziger Denkmalpfleger Wolfgang Hocquél nahm als Erkenntnis aus dem Kolloquium mit, dass die Denkmalpflege dringend ein strategisches Konzept benötige, um von einer passiven Disziplin zu einer offensiven Handlungsweise zu kommen. Es könne doch nicht angehen, dass wir in einem sich demokratisch verstehenden Gemeinwesen tatenlos zusehen, wie beispielsweise die Architektur der Wohnhäuser am Georgiring durch Überformung bis zur Unkenntlichkeit verballhornt wurde, wie die Gestalt der Hauptpost fortgesetzt herabgewürdigt wird.

Zusammenfassend darf gelten, dass es sich mit der Denkmalpflege ähnlich verhält wie mit der Zahnpflege: Sinnvoll ist immer nur die Prophylaxe.

Zur Vernehmung des früheren Sachsenring (SAG)-Vorstandschefs Ulf Rittinghaus vor dem Untersuchungsausschuss am 21. Juni erklärt der Obmann der PDS-Landtagsfraktion, KLAUS TISCHENDORF:

Wirtschaftsminister Gillo hat in seiner Erklärung zum QMF-Fördermittelskandal vor dem Landtag offenbar die Unwahrheit gesagt. Der ehemalige Sachsenring-Chef Rittinghaus wies Gillos Darstellung, SAG habe seinerzeit die Firma QMF als Projektträger präsentiert, als „absolut falsch“ zurück und stützt sich bei seiner Aussage auf vorliegende Unterlagen. Tatsächlich brüstete sich die Staatsregierung damals in einer Pressemitteilung des Erhalts von 410 Arbeitsplätzen, obwohl sich die SAG vertraglich lediglich verpflichtete, 280 ZMD-Mitarbeiter zu übernehmen. Ich fordere Herrn Gillo auf, unverzüglich

Hat Wirtschaftsminister Gillo den Landtag belogen?

Beweise für seine Behauptung vorzulegen.

Ein beispielloser Skandal ist, dass die Staatsregierung den Entwurf einer Presseerklärung zur Insolvenz der SAG bereits am 7. 11. 2001 verfasste und den Hausbanken zur Kenntnis gab, obwohl die Insolvenz erst Ende Mai 2002 angemeldet wurde. Aus einem internen Schriftwechsel in der Staatsregierung geht zudem hervor, dass mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens und der Auswahl des passenden Insolvenzverwalters das „Vorstandsproblem gelöst“, im Klartext ein politisch missliebig gewordener Unternehmer aus dem Weg geräumt werden sollte. Ein Entwurf der Pressemitteilung ging u.a. an Herrn Wilhelm von Carlowitz

von der Commerzbank, der heute auch CDU-Landtagsabgeordneter ist.

Damit steht fest: Die Landesregierung hat Hunderte von Arbeitsplätzen vorsätzlich aufs Spiel gesetzt, um sich eines Wirtschaftsmannes zu entledigen, von dem man sich vorher die mit Steuergeldern finanzierte verdeckte Wahlkampagne „Sachsen für Sachsen“ organisieren ließ. Im Übrigen wurde Rittinghaus jahrelang nicht nur von CDU-Politikern, sondern auch von der Frau des ehemaligen Ministerpräsidenten Biedenkopf gern als Sponsor in Dienst genommen. Der Sachsenring-Untersuchungsausschuss muss bis zum Ende der Legislaturperiode für weitere Aufklärung sorgen.

Anzeige

Herzlichen Dank unseren Wählerinnen und Wählern.

**Arbeit.
Bildung.
Gerechtigkeit.**

Wir stehen zu unserem Wort.

PDS
www.pds-leipzig.de



Sehen so „national befreite“ Zonen aus?

Was für ein Klima in Reinhardtsdorf-Schöna (Landkreis Sächsische Schweiz), in dem der Bürgermeister öffentlich in der „Sächsischen Zeitung“ verkünden darf, er gehe davon aus, dass die Ratsarbeit mit den zwei NPD-Abgeordneten leichter sein werde als mit denen von der PDS.

Es wird gewiss niemand protestieren, hat die NPD dort doch mehr als 25 (!) Prozent und damit drei Mandate erhalten (eines kann nicht besetzt werden, weil die braune Brut wohl selbst nicht mit soviel Zuspruch gerechnet hatte).

Arno Suddars heißt der Bürgermeister. Seinen Weg in die Politik begann er bei den Freien Wählern, fand aber bald seine politische Heimat bei der CDU. Jahrelang bagatellierte er die rechtsextremistischen, also neonazistischen Gefahren, die beispielsweise von den rechten Truppen im heftig umstrittenen Jugendklub seines Ortes ausgingen. Mehr noch, er hat den Club als Sammelstätte zur Verfügung gestellt. Kaum noch verwunderlich, bei soviel Sympathie für die NPDler, mit denen er jetzt so gut zusammenarbeiten wird.

Und wirklich niemand im Ort, kein Alteingesessener, kein neu Hinzugezogener, niemand, der den Bürgermeister auffordert, sofort seine Tasche zu packen und zu gehen?

Verkehrsexperten und PDS-Fraktion:

Den Schienengüterverkehr attraktiver machen

LN. Bei der Öffentlichen Anhörung des Landtagsausschusses Bauen, Wohnen und Verkehr zum Schienengüterverkehr in Sachsen, dessen Niedergang sich in besorgniserregendem Tempo vollzieht, sprachen sich die Sachverständigen in hohem Maße für den Erhalt und den Ausbau des Schienentransports aus. Nur beim Wie gingen die Meinungen auseinander.

Die verkehrspolitische Sprecherin der PDS-Landtagsfraktion, Katja Kipping, wies auf himmelschreiende Zustände auf den Strecken hin. Auf der im europäischen Maßstab bedeutsamen Eisenbahnstrecke von Leipzig über Hoyerswerda nach Wegliniec (Polen) wird in Hoy-

erswerda von Elektrolok auf Diesellok umgespannt. DB Cargo fährt bis Horka auf eingleisiger Strecke. Dort übernimmt eine polnische Diesellok den Güterzug, um ihn bis Wegliniec zu fahren. Den Grenzübergang in Görlitz-Zgorzelec aber dürfen keine Güterzüge überqueren. „Die Menschen, die an den Transitstraßen, wie der B 170, wohnen“, so Katja Kipping, „bekommen die Folgen der Einstellung der Rollenden Landstraße tagtäglich mehr zu spüren.“ Angesichts dieser Situation könne nur eine äußerste politische wie wirtschaftliche Anstrengung Abhilfe versprechen.

Die PDS-Fraktion fordert des-

halb eine Arbeitsgruppe Schienengüterverkehr. Staatsminister Gillo sei hier persönlich gefragt. Unter Einbeziehung aller Partner im Güterverkehr müssen Perspektiven für den Schienengüterverkehr gefunden werden. Die Wirtschaftsförderung müsse hier wirksam werden. Der Lückenschluss auf den Bahnstrecken Holzau-Moldava, Sebnitz-Dolni-Poustevna, Seiffennersdorf-Varnsdorf gehöre ebenso zu den dringlich zu lösenden Aufgaben wie ein sofortiges Nachfahrverbot für schwere LKW auf der B 170. Über letzteres hat der Landtag auf Antrag der PDS-Fraktion in seiner letzten Sitzung am 25. Juni zu befinden.

Kommunen gegen Schulschließungen

LN. Die PDS-Fraktion begrüßt, dass sich nun endlich auch die Kommunen öffentlichkeitswirksam für den Erhalt kleinerer Schulstandorte stark machen. Viel zu lange haben verantwortliche Bürgermeister – oft genug aus (CDU-)Parteidisziplin – in den letzten Jahren den Mund gehalten und auch das Volksbegehren „Zukunft braucht Schule“, das bei einem Erfolg fast alle der jetzt bedrohten Schulen vor einer Schließung bewahrt hätte, nur halbherzig unterstützt.

Mit seinen bildungspolitischen Vorstellungen liege Minister Mannsfeld mindestens fünfzig Jahre zurück. Auch deshalb gehöre die CDU-Regierung am 19. September abgelöst, zumal die PDS einen eigenen Schulgesetzentwurf vorgelegt hat, der den Intentionen der Kommunen weitgehend entspreche.

Mit Studiengebühren keine Gerechtigkeit

LN. „Wer wirklich meint, er könne die Hochschulen durch Studiengebühren sanieren, der hat die Rechnung ohne die Finanzminister der Länder gemacht“, so der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Prof. Cornelius Weiss, zur Erklärung des Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz Gaethgen.

„Diese Entscheidung bedeutet nichts anderes als das Kind mit dem Bade auszuschütten!“ Es würde nur wenige Jahre dauern und die Hochschulen hätten unterm Strich nicht mehr Geld zur Verfügung als heute. „Weder Bildungsungerechtigkeit noch Unterfinanzierung lassen sich mit Studiengebühren beheben. Dazu gibt es mittlerweile hinlängliche Beweise. Hochschulen und Studenten lassen sich auch über andere Instrumente motivieren.“

„Kakophonie beenden“

LN. Der sächsische DGB-Vorsitzende Hanjo Lucassen bekräftigte Wolfgang Thierses Kritik an der mangelnden Investitionsbereitschaft der deutschen Wirtschaft. Deren Interesse am Osten sei schnell erlahmt und habe sogar rückläufigen Charakter. Zahlreiche Unternehmen schließen ihre ostdeutschen Filialen, und die Haltung der Banken werde zunehmend zu einem Problem. Lucassen forderte die Regierung auf, die Kakophonie beim Aufbau Ost zu beenden. Es fehle ein geschlossenes Konzept: „Die selbst ernannten Berater à la Dohnanyi sollten ruhig gestellt werden. Notwendig ist auch ein Ende der sinnlosen Debatten um Niedriglohngebiete oder Sonderwirtschaftszonen. Alle ‚Wachstumspole‘ sind Hochlohnbereiche. Der Osten funktioniert nicht als Dumpinggebiet, sondern nur im gesamtdeutschen Einklang.“

Sparkassen-Volksentscheid missachtet

LN. Nachdem der Kreistag Torgau-Oschatz gegen die Stimmen der PDS-Kreistagsfraktion dem Sanierungsdiktat des Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverbandes (OSGV) mehrheitlich zugestimmt hat, erklärte der Fraktionsvorsitzende der PDS-Landtagsfraktion, Prof. Dr. Peter Porsch, unter anderem:

Dem Kreistag blieb nur die Wahl zwischen Pest und Cholera. ... Scharf zu kritisieren ist das Verfahren, das einer glatten Erpressung des Landkreises gleichkommt. Durch öffentliche Äußerungen des Ministerpräsidenten Milbradt wurde die Bonität der Kreissparkasse herunter geredet und damit die Verhandlungsposition des Landkreises massiv geschwächt. Ein eigenständiges Aufarbeiten der Krise wurde damit unmöglich gemacht. Auch der übernehmenden Sparkasse Leipzig und damit der Sachsen-Finanzgruppe hat man keinen guten Dienst erwiesen, denn die Kunden, die ihre Geschäftsbeziehungen aufgekündigt und in Panik vor einem angeblich drohenden Verlust ihrer Spareinlagen in den vergangenen Wochen zweistellige Millionenbeträge abgehoben haben, sind dauerhaft verloren. Selbstverständlich ist der Verwaltungsrat mit seinem Vorsitzenden Landrat Schöpp der Hauptschuldige. Klar benannt werden muss aber, dass auch alle anderen Instrumente wie Sparkassenaufsicht (Sächsisches Staatsministerium für Finanzen) und der OSGV krass versagt haben. ... Ich befürchte, wenn künftig jede wirtschaftliche Krise einer Sparkasse so rücksichtslos behandelt wird wie im vorliegenden Fall, ist Ministerpräsident Milbradt bald am Ziel seiner fünf Großsparkassen in Sachsen. Damit wird das klare Votum des Volksentscheides „Pro Kommunale Sparkasse“ mit Füßen getreten!

8. Juni

Oschatz. Der Kreistag von Torgau-Oschatz stimmt nach kontroverser Debatte der Fusion der Sparkasse des Territoriums, die sich in aussichtloser wirtschaftlicher Lage befindet, mit der Sparkasse Leipzig zu.

Dresden. Die CDU Sachsen eröffnet die Diskussion über eine Gebietsreform. Die sieben kreisfreien Städte und 22 Landkreise sollen nach bisherigen Vorstellungen auf drei bzw. sieben reduziert werden. Als eine der Begründungen wird die dramatisch rückläufige Bevölkerungszahl genannt.

9. Juni

Dresden/Delitzsch. Die sächsische Anti-Korruptionseinheit der Staatsanwaltschaft (INES) ermittelt gegen Landrat Czupalla wegen der Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Bau einer Müllverbrennungsanlage. Nachdem die Leipziger Staatsanwaltschaft ihre Untersuchungen in dieser Sache eingestellt hatte, hatten ein Anwalt und eine Bürgerinitiative Widerspruch eingelegt.

SACHSEN-CHRONIK

8. bis 21. Juni

Dresden. Sachsens DGB-Vorsitzender Hanjo Lucassen, SPD-Landtagsabgeordneter, teilt seiner Partei mit, dass er zur diesjährigen Landtagswahl nicht wieder kandidieren wird.

Dresden. Der letzte von drei Strafprozessen gegen Mitglieder der Neonazi-Vereinigung Skinheads Sächsische Schweiz vor dem Landgericht endet überraschend mit einer fadenscheinig begründeten Einstellung des Verfahrens.

10. Juni

Dresden. 3000 Lehrer und Schüler protestieren gegen die Pläne der Landesregierung, künftig an 81 Mittelschulen und elf Gymnasien keine fünften Klassen mehr zuzulassen und damit die Schließung dieser Schulen einzuleiten.

Dresden. Der Listenvorschlag der SPD-

Landesvorsitzenden Krehl für die Landtagswahl, der viele ihrer Vertrauten und die Unterbezirkschefs auf vordere Plätze setzt, sorgt in der Partei für Irritationen.

11. Juni

Dresden. Der Landesschülerrat stellt ein Konzept für ein neues Schulsystem vor. Es sieht vor, dass alle Schüler bis zur achten Klasse gemeinsam Ganztagschulen besuchen. Danach können die Schüler selbst entscheiden, ob sie Abitur oder Mittlere Reife machen. Zudem soll das Abitur wahlweise bereits nach der zehnten, elften oder zwölften Klasse erworben werden können.

13. Juni

Dresden. Im Freistaat Sachsen sind 3,5 Millionen Bürgerinnen und Bürgen zur Wahl des Europäischen Parlaments und

der kommunalen Vertretungen aufgerufen. An den Abstimmungen beteiligten sich nur 46,5 Prozent der Wahlberechtigten.

15. Juni

Chemnitz. Das Regierungspräsidium teilt mit, dass der wegen Verdachts der Untreue angeklagte Stollberger Landrat Udo Hertwich (CDU) vom Dienst suspendiert ist. Die Staatsanwaltschaft hatte in der vergangenen Woche Anklage gegen Hertwich erhoben.

17. Juni

Dresden. Das Arbeitsgericht erklärt die Kündigung einer Mitarbeiterin der SPD-Landeszentrale für ungültig. Die seit zehn Jahren dort Tätige war wegen „betrügerischer Aktivitäten“ gekündigt worden. Der von ihr angerichtete Gesamtschaden betrug 3,90 Euro.

21. Juni

Leipzig. Nachdem die Gespräche zwischen der Volksbank und dem Rennklub Leipzig gescheitert sind – der Klub schuldet der Bank 300 000 Euro –, ist ein Insolvenzverfahren nicht mehr abzuwenden.

Von GERHARD FUCHS

Nähe und Ferne. Deutsche, Tschechen und Slowaken – ist der Titel einer beachtenswerten Ausstellung im „Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig“, zu sehen noch bis zum 10. Oktober 2004 und danach auch im Bonner Mutterinstitut „Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“. Im Vorwort zum Leitbuch, das unter gleichem Titel bei Edition Leipzig erschienen ist, meint der Stiftungspräsident solche Autoren gewonnen zu haben, „die über die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema hinaus dazu beitragen, die Aufgabe der Verständigung zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken in das öffentliche Bewusstsein zu heben“. Bis auf eine Ausnahme, worüber noch zu reden ist, kann dies als gelungen bezeichnet werden. Die Projektleiterin, Dr. Kornelia Lobmeier, will mit der Ausstellung zeigen, „dass es trotz der Belastungen durch nationale Konflikte, Besatzung und Vertreibung auch positive Anknüpfungspunkte in der Vergangenheit für die künftigen deutsch-tschechischen und deutsch-slowakischen Beziehungen im vereinten Europa gibt“.

Die Ausstellung setzt mit 1918, dem Gründungsjahr der Tschechoslowakei, ein. Für den an der „Vorgeschichte“ Interessierten bietet der Beitrag von Hans Lemberg, deutscher Ko-Vorsitzender der deutsch-tschechischen und deutsch-slowakischen Historikerkommission, einen aus dieser Feder gewohnt soliden und instruktiven Überblick. Vom 12. Jh. an, als deutsche Siedler zum „Landesausbau“ vorwiegend der „Randgebiete“ ins Land gekommen sind, und bis zum Beginn des 19. Jh. unterschieden sich die Einwohner der böhmischen Länder nicht vorwiegend nach der Sprache, sondern nach Stand und Religion. Erst mit der industriellen Revolution und dem Aufkommen moderner Nationalbewegungen änderte sich dies: nach 1848 wurde die Sprache zum Leitprinzip.

Sehr instruktiv auch die Darlegung der unterschiedlichen nationalen Geschichtsbilder bei Tschechen und böhmischen Deutschen. Besonders nach dem zweiten Weltkrieg sind Historiker auf beiden Seiten bemüht, die hierbei ausgebildeten Mythen, die sich z. T. in widerwärtigen Karikaturen niederschlugen – die Ausstellung zeigt Beispiele – zu entkräften und abzubauen; trotzdem wird manches davon in einer „populären“ Tradition weitergegeben und geglaubt. Jiri Pesek, tschechischer Ko-Vorsitzender der Historikerkommission, verweist in seinem Beitrag zur Gründung der CSR darauf, dass die Ablehnung des neuen Staates durch alle deutschböhmischen Parteien und die Bildung „autonomer Provinzen“ in den Grenzgebieten mit illusionären Bestrebungen verbunden war, sich zusammen mit Deutsch-Österreich an Deutschland anzuschließen; ein Faktum, das die Ausstellung nicht zeigt. Das musste natürlich am Widerstand der siegreichen, an einem vergrößerten Deutschland in keiner Weise interessierten Entente scheitern. Treffend der Hinweis darauf, dass auch die deutschböhmischen Unternehmer im Grenzgebiet die aus Innerböhmen vorrückenden tschechischen Militäreinheiten aus Angst vor revolutionären Unruhen als „stabilisierenden Faktor“ ansahen.

Auf dem Wege zum nächsten historischen Eckpunkt der Ausstellung, als mit

dem Münchner Abkommen 1938 die Zerschlagung der CSR begann, findet sich in den Exponaten zum Exil, das deutschen Nazigegegnern in der demokratischen Republik gewährt wurde, eine jener positiven Anknüpfungspunkte für die Zukunftsgestaltung. Doch wird hier wie im Buchbeitrag von Peter Becher neben den Intellektuellen und führenden Sozialdemokraten der Kommunisten nur in zwei Nebensätzen gedacht; ihr zahlenmäßiger Anteil an den mindestens

Begleitbuch einen Misston. Bewertet er doch in seinem Beitrag zu den „Benedekreten“ die Enteignung der Deutschen und Ungarn als „rassistische Diskriminierung“. Um zu diesem „Ergebnis“ kommen zu können, zitiert er den Text des Präsidialdekrets vom 21. Juni 1945 so, dass er einfach die Konfiskation des landwirtschaftlichen Vermögens auch „der Verräter und Feinde der Republik, gleichgültig welcher Nationalität und Staatsangehörigkeit“ /§ 1, (1) b/ weglässt;

net dann jene Zeit, in der sich Deutsche, Tschechen und Slowaken fast nur noch in Staaten gegenüberstehen. Der Kalte Krieg wirkt sich natürlich auch auf dieses Verhältnis aus, wie die Ausstellung deutlich macht. Die Integration der Zwangsausgesiedelten – im Westen bald zugespitzt als „Vertriebene“, im Osten untertreibend als „Umsiedler“ bezeichnet – wird für die BRD anschaulich, für die DDR leider nur bruckstückhaft anhand eines Fotos von ärmlichen

Nähe und Ferne. Deutsche, Tschechen und Slowaken

Beachtenswerte Ausstellung im „Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig“



Am 9. November 1938 brannte auch in Troppau die Synagoge.

Foto: Ausstellung

10 000 Emigranten aber war der mit Abstand größte. Die meisten konnten auch nicht in den Cafés als den „Wartesälen“ der Emigranten verkehren, sondern fristeten ihr Leben in Massenunterkünften, unterstützt durch die Solidaritätsgroschen tschechischer Arbeiter.

In der Ausstellung wie Begleitbuch fehlt auch jeglicher Hinweis darauf, dass im Unterschied zu allen anderen, ethnisch abgegrenzten Parteien die Mitglieder der 1921 gegründeten Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei aus allen Nationalitäten der CSR kamen: der tschechischen wie der deutschen, der slowakischen wie der ungarischen, der polnischen wie der ruthenischen (ukrainischen). In die von der Ausstellung prinzipiell richtig dargestellte Kausalität zwischen deutscher Okkupation, die das tschechische Volk als Endziel auslöschen wollte, und Zwangsausiedlung der Deutschen mischt Manfred Kittel im

ebenso den Folgeabsatz, wonach „Personen deutscher und madjarischer Nationalität, die sich aktiv am Kampf für die Wahrung der Integrität und die Befreiung der Tschechoslowakischen Republik beteiligt haben“ /§ 1, (2)/ von der Konfiskation ausgenommen sind. Ein Vergleich mit dem ausgestellten vollständigen Text macht diese Fälschung demjenigen Besucher deutlich, der sich dieser Mühe unterzieht. In der Ausstellung findet sich jedoch kein Hinweis darauf, dass der unter § 1, (2) genannte Personenkreis nicht „abgeschoben“ (von tschechisch „odsun“) wurde und als „anerkannte Antifaschisten“ auch keine weiße, sondern eine rote Armbinde zu tragen hatte; aber er hatte sie zu tragen.

Das nächste Eckjahr 1948 mit seinen Folgen, wie Einbeziehung der CSR in die Einflussphäre der Sowjetunion und Einbeziehung der BRD in die USA-dominierte NATO, bezeich-

net dann jene Zeit, in der sich Deutsche, Tschechen und Slowaken fast nur noch in Staaten gegenüberstehen. Der Kalte Krieg wirkt sich natürlich auch auf dieses Verhältnis aus, wie die Ausstellung deutlich macht. Die Integration der Zwangsausgesiedelten – im Westen bald zugespitzt als „Vertriebene“, im Osten untertreibend als „Umsiedler“ bezeichnet – wird für die BRD anschaulich, für die DDR leider nur bruckstückhaft anhand eines Fotos von ärmlichen

Das Jahr 1968, als die tschechoslowakische Reformbewegung durch Truppen des Warschauer Vertrages erstickt wird, bedeutet nur eine vorübergehende Unterbrechung dieser Beziehungen. Die „neue Ostpolitik“ Willy Brandts verbessert ab 1970 auch das Verhältnis zwischen BRD und CSSR. Nach Einführung des visafreien Reiseverkehrs 1972 nehmen die privaten Kontakte sogar noch zu, auch zwischen Oppositionellen in beiden Staaten, wobei die DDR-Dissidenten zunächst von den CSSR-Erfahrungen und dann, ab August 1989, die Tschechen von der Oppositionsbewegung in der DDR lernen. Zahlreiche Ausstellungsstücke weisen dies nach.

Der letzte Teil der Ausstellung heißt „Neue Nachbarschaft“: Es gibt nur noch einen deutschen Staat, und die Slowaken leben seit Anfang 1993 in einem eigenen Staat. Die Fortschritte der letzten Jahre symbolisieren sich im deutsch-tschechoslowakischen Vertrag „Über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ von 1992 und in der „Deutsch-Tschechischen Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung“ von 1997.

Antje Vollmer widmet letzterer ihren Beitrag im Begleitbuch, würdigt den Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds sowie die von ihm finanzierten Projekte, wie das Deutsch-Tschechische Gesprächsforum, Kulturfestivals, Jugendbegegnungen, soziale und wirtschaftliche Kooperation als Weg, auf dem „eine neue und faire Partnerschaft in der Mitte Europas“ entsteht. Dazu gehöre aber auch, dass die Vertriebenenverbände endlich und eindeutig auf materielle Restitution verzichten und ihrerseits zur Verständigung beitragen. Dem sei als weiteres Erfordernis hinzugefügt, dass auch bestimmte Landespolitiker, besonders aus den Reihen der CSU, den Schmerz der Vertriebenen über den Verlust der Heimat nicht länger wahltaktisch für ihre Machtpolitik missbrauchen. Nur so wird das nötige Vertrauen gebildet, um noch gegebene historische wie politische Probleme in einer fruchtbaren Diskussion lösen zu können. – Hierzu leistet die Ausstellung bei manchem noch benennbaren Kritikpunkt im einzelnen einen beachtlichen konstruktiven Beitrag.

Von PROF. DR.
SARKIS LATCHINIAN

Lange Zeit hatte die US-amerikanische Administration die kommerziellen Aspekte des Irak-Krieges verschwiegen und nur von Massenvernichtungswaffen und der Befreiung des irakischen Volkes gesprochen. Neuerdings macht Präsident Bush keinen Hehl daraus, dass die größten Aufträge zum „Wiederaufbau“ des Irak gerechterweise als Kriegsbeute anzusehen seien. Seitdem tobt ein immer schärfer werdender Kampf um den Löwenanteil an dieser Kriegsbeute unter US-amerikanischen Firmen einerseits sowie zwischen ihnen und ausländischen Firmen andererseits. Einige wenige US-Unternehmen mit engen Kontakten zur Bush Administration greifen das Gros der Beute ab. Die US-treuen britischen Unternehmen müssen sich bei den Aufträgen bislang mit Resten begnügen. Per Erlass 39 vom 19. September 2003 öffnete der amerikanische Zivilverwalter im Irak, Paul Bremer, die gesamte Wirtschaft des Landes mit Ausnahme des Rohstoff- also Erdölsektors für Auslandsinvestitionen. Damit entfällt die Verpflichtung für die Investoren, die Gewinne im Land zu reinvestieren. Diese Entscheidung wurde besonders in US-amerikanischen Geschäftskreisen mit Euphorie aufgenommen. Ob der Irak nach versprochener Wiedererlangung seiner Souveränität ähnliche Erleichterungen für Auslandsinvestitionen beibehalten wird, ist noch unklar. Zumal zahlreiche Experten unter Verweis auf die Haager Landkriegsordnung von 1907 und die Genfer Konvention von 1949 geltend machten, dass eine Besatzungsmacht nicht das Recht habe, derartig weitreichende „Reformen“ zu erlassen.

US-Vizeverteidigungsminister Paul Wolfowitz unterzeichnete seinerseits ein Rundschreiben, das eine Reihe von Ländern, darunter Frankreich, Deutschland, Russland und Kanada, von den wichtigsten Wiederaufbauaufträgen ausschloss. Damit blieben 26 Verträge mit einem Gesamtvolumen von 15 Milliarden Euro für die Ausrüstung der irakischen Armee, die Instandsetzung der Ölförderanlagen, der Kommunikationsnetze sowie der Strom- und Wasserversorgung des Irak Firmen aus den 63 Ländern der „Koalition der Willigen“ vorbehalten, die die militärische Aggression gegen den Irak mitgemacht oder unterstützt hatten. Nach Wolfowitz dienten diese Maßnahmen den „wesentlichen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten“ und zielten auf eine bessere „internationale Zusammenarbeit bei den

künftigen Bemühungen“ zur Stabilisierung des Irak. Dagegen protestierte die Europäische Union. Sie verwies darauf, dass diese US-Restriktionen gegenüber Ländern, die nicht unmittelbar an dem Einmarsch im Irak beteiligt waren, gegen das WTO-Abkommen zum öffentlichen Auftragswesen verstoßen würden. Das Pentagon präzisierte zynisch, die Liste der Koalitionspartner sei weiterhin offen, und wer sich zum Mitmachen entschließe, könne künftig dieselbe Vorzugsbehandlung genießen. Die lukrativsten Aufträge wurden trotz offizieller

Die Gelder zur Finanzierung dieses Vertrages stammen aus dem Fonds der Vereinten Nationen „Öl für Lebensmittel“, der rechtzeitig in „Irak Entwicklungsfonds“ umgetauft wurde. Zahlreiche Gesetze und Verordnungen gelten speziell dem Schutz der Investitionen im Rahmen dieses Fonds und anderer Unternehmen. Präsident Bush unterzeichnete am 22. Mai 2003 den Erlass 13303, der die Ölindustrie des Irak gegen „alle Verordnungen, Urteile, Erlässe, Verfügungen, Beschlagnahmungen und jede sonstige juristische Maßnahme“

sen Krisen Anfang der 1970er und Anfang der 1980er Jahre?

Halliburton und ihre Tochter KBR treiben ihr Geschäft mit dem irakischen Öl, vielleicht sogar das Geschäft ihres Lebens unter dem Schutz des US-Präsidenten. In diesem ihrem Geschäft sind sie nicht nur gegen alle juristischen, sondern auch gegen alle finanziellen Risiken abgeschirmt. Ihre Verträge wurden auf der Grundlage des Prinzips „indefinite quantity, indefinite delivery“ abgeschlossen, also über unbefristete Lieferungen in unbegrenzter Höhe. Diese Regelung er-

Irakisches Öl wurde zur Chefsache Bush

Wie die amerikanische Besatzungsmacht mit dem irakischen Öl umgeht, davon erfährt die Öffentlichkeit einfach nichts mehr.

- **Wieviel fördern die Besatzer?**
- **Wo wird das Öl raffiniert?**
- **Wie hoch sind die US-Profite dabei?**
- **Nutzen die USA das Irak-Öl im Machtkampf gegen den Rest der Welt?**

Dementis nicht öffentlich ausgesprochen. Der einträgliche Wiederaufbau des Irak liegt fast ausschließlich in den Händen von US-amerikanischen Unternehmen. Am stärksten im Geschäft sind dabei die Halliburton-Firma mit ihrer Filiale Kollog, Brown & Root (KBR) und der Hoch- und Tiefbau Konzern Bechtel. Beide verfügen über enge Kontakte zu den Falken in Washington. Beide Unternehmen haben schon einige Erfahrung im Irak-Geschäft. Der Bechtel Konzern baute 1983 eine Pipeline, für die der Auftrag vom heutigen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld mit Saddam Hussein als damaligem Erdölminister des Irak ausgehandelt wurde. Halliburton wiederum, der zwischen 1995 und 2000 der derzeitige US-Vizepräsident Richard Cheney vorstand, durfte ihre Aktivitäten im Irak mit Genehmigung der US-amerikanischen Regierung auch zur Zeit des Wirtschaftsembargos fortführen.

Die Halliburton-Tochter KBR erhielt von der US-Armee den Auftrag, die Ölförderanlagen im Irak nach der erklärten Beendigung der Hauptkämpfe ab 1. Mai 2003 instand zu setzen. Dieser Vertrag umfasst auch die anschließende Verwaltung der Anlagen und die Vermarktung des geförderten Öls. Das heißt: Halliburton hat eine Konzession auf einen Teil der irakischen Ölreserven in der Tasche.

schützt.

Damit steht die Ölindustrie des Irak über dem Gesetz, dem US-amerikanischen ebenso wie dem internationalen. So ist das irakische Öl zur Chefsache des Präsidenten Bush geworden. Die Welt erfährt seitdem nichts mehr über den Umgang der US-amerikanischen Besatzungsmacht mit den Erdölreichtümern des Irak. Hier lagern doch die zweitgrößten Ölreserven der Welt nach Saudi-Arabien. Hier hat die Förderung eines Barrels (ca. 159 Liter) Rohöl vor dem Irak-Einmarsch der USA nicht mal einen Dollar gekostet im Vergleich zu 25 Dollar in der Nordsee und 26 bis 28 Dollar in den USA. Wie hoch sind die Fördermengen der oben genannten US-Ölfirmen im besetzten Irak? Was geschieht mit dem irakischen Erdöl? Wo wird es raffiniert, wohin gehen die Exporte, wie hoch sind die Profite? Was für eine Rolle spielt das irakische Erdöl in der heutigen weltweiten Krise des Erdöls? Inwieweit trägt das irakische Öl zur weltweiten Teuerung des wichtigsten Energieträgers der Welt bei? Ist mit Hilfe des irakischen Erdöls ein Machtkampf, ein Erdölkrieg der USA gegen den Rest der Welt in Vorbereitung? Der Erlass 13303, vom US-Präsidenten in die Welt gesetzt, lässt Düsteres ahnen. Stehen wir am Vorabend einer neuen Erdölkrise nach den desaströ-

möglicht es den Unternehmen, der Regierung sämtliche Kosten in Rechnung zu stellen und eine Gewinnmarge zwischen 1 und 7 Prozent draufzuschlagen. So ein Verfahren lädt zum Missbrauch ein. So kaufte die Halliburton-Tochter KBR die Gallone (etwas über dreieinhalb Liter) Benzin für 70 US-Cent in Kuwait ein und verkaufte sie für 1,59 Dollar an die US-Armee weiter, was einen Aufpreis von 61 Millionen Dollar bedeutete. KBR begründete das mit den Transportkosten vom nahen Kuwait und dem hohen Risiko dabei.

Zu den Nutznießern dieses Geldsegens gehört auch der US-Vizepräsident Cheney. Während seiner ersten beiden Jahre im Weißen Haus bezog er von Halliburton weiterhin eine „Aufwandsentschädigung“ von insgesamt 310 000 Dollar. Und nach wie vor besitzt er ca. eine halbe Million Aktien desselben Unternehmens, mit einem Höchstpreis von ca. 55 Dollar pro Aktie im September 2000.

Wir sind erst am Anfang des US-geführten irakischen Ölgeschäfts. Halliburton, Kollog, Brown & Root sind die Bekannten einer unbekannteten Liste anderer Unternehmen, und Cheney ist nur einer der Nutznießer des Geldsegens aus diesem Geschäft. Bald werden weitere Namen auftauchen!



Die Welt protestiert zwar ständig gegen die US-amerikanische Weltherrschaft. Doch Bush hat bereits vor einem Jahr einen Erlass unterschrieben, der auf das Selbstherrlichste die Ölindustrie des

Irak gegen „alle Verordnungen, Urteile, Erlässe, Verfügungen, Beschlagnahmungen und jede sonstige juristische Maßnahme“ schützt. Damit kann die US-amerikanische

Ölindustrie des Irak verfügen. Kein Gesetz, weder das US-amerikanische noch das internationale, dürfen laut Bush-Erlass mehr eingreifen. Die US-Ölindustrie steht somit über dem Gesetz.



Herzliche Grüße aus Torgau

Eine Karte, die es noch zu kaufen gibt

Aber die Brücke wurde am 16. Juni 1994, abends, heimlich gesprengt



Brücken schlagen?
Brücken zerschlagen

*Es gab einmal eine Brücke
in aller Welt bekannt. -
Nun ist eine große Leere
wo sie einst stand.*

*Diese Brücke verband nicht nur Ufer mit Ufer;
sie war auch nicht nur ein Träger aus Eisen und Stein.
Diese Brücke war etwas ganz Besonderes,
sie ging in Herzen ein.*

*Ich ehrte diese Brücke fast wie ein Elternhaus. -
Man sprengte sie heimlich am Abend
und löschte sie für immer aus.*

*Es ist ein Verbrechen geschehen,
das ich nicht begreifen kann und mag. -
„Kein Geld, zu teuer, kein Geld!“
war der vernichtende Schlag.*

*„Dafür kein Geld“ muss es heißen,
denn Geld ist genügend da. -
Das aber verbraucht man woanders
für Protz und Gloria.*

*Es gab einmal eine Brücke,
oft Friedens-Brücke genannt.
Sie wurde zerstört und beseitigt
durch Menschenhand.*

*Doch einen kleinen Stein hab' ich gerettet
und legte ihn Joe Polowsky aufs Grab. -
Gewidmet dem Traum vom Frieden,
für den Joe seine ganze Kraft gab.*

MARIANNE THEUERKORN,
LEIPZIG / TORGAU, 25. APRIL 1995

Eine gesprengte Brücke – Trauer und Hoffnung

Als ich am Morgen des 17. Juni 1994 die schlimme Nachricht hörte, dass abends zuvor gegen 18.35 Uhr die historische Torgauer Elbebrücke heimlich gesprengt wurde, war das ein schwerer Schlag. Ich wollte es nicht glauben und auch nicht wahrhaben und war einfach fassungslos. Mir war zumute, als ob mein Elternhaus eingestürzt ist. Inzwischen weiß ich, dass sehr viele Menschen aus nah und fern ebenfalls sehr betroffen waren und noch sind.

Am späten Nachmittag des 17. Juni fuhr ich nach Torgau, um mir das Geschehene anzusehen – ein trauriger Augenblick! Diese Trauer und Enttäuschung sind nie vergangen.

Das eigentliche Todesurteil der Brücke waren gewiss nicht die angeblichen Sicherheits- und finanziellen Gründe, sondern der „politische Hauch“ des in Sachsen ungeliebten Denkmals. Sachsens oberste Denkmalschützer stuften es als „nicht erhaltenswert“ ein. Auf der Torgauer Elbebrücke und auf den Elbwiesen waren in der Endphase des Krieges, am 25. April 1945, erstmals sowjetische und amerikanische Armeeverbände aufeinander getroffen, haben sich einfache Soldaten verbrüdet und einen Schwur abgelegt: „... die Völker der Welt sollen und müssen in Frieden leben.“

Dieses Ereignis prägte Joe Polowskys weiteres Leben. Heimgekehrt in die USA wurde er zum unermüdi-



Foto. Archiv



chen Friedenskämpfer. Ständig lebte er nach seiner Strategie der Einmischung der kleinen Leute in die Politik. Mit seinem Tod 1983 verfügte er, dem Kalten Krieg trotzend, seine letzte völkerverbindende Aktion: Seine Beerdigung in Torgau an der Elbe.

Vielleicht erleben wir bald am Elbe-Ufer im interessanten Torgau eine erneute Grundsteinlegung wie sie für die zerbombte Dresdner Frauenkirche und die gesprengte Leipziger Paulinerkirche erkämpft wurde.

Der Bau einer Friedens-Brücke wäre meines Erachtens ein würdi-

ges Projekt für so einflussreiche Persönlichkeiten wie Prof. Blobel und Prof. Güttler.

Ihr Bau sollte diesmal keine Gelegenheit von Privatspenden werden, sondern von Einsparungen aus den politischen und gesellschaftlichen Verantwortungsbereichen, in denen bisher laut amtlicher Überprüfungsberichte viele Milliarden Euro verschwendet wurden.

Unvergessen: In Torgau wurde mit der Vernichtung der einmalig historischen Brücke 1994 nicht nur Eisen und Stein zerschlagen.

FOTOS (2) UND TEXT:
MARIANNE THEUERKORN



Für Sammler neu zusammengestellt

240 Seiten für Sammler neu zusammengestellt: Beiträge aus dem Feuilleton von *Leipzigs Neue* zu Jubiläen und Gedenktagen, zu Autoren und Büchern sowie zu Höhepunkten und Entwicklungen im Leipziger Kulturleben - ergänzt durch ein Register aller in den Texten genannten Personen.

Leser von *LEIPZIGS NEUE* können diese interessante Publikation zum Vorzugspreis von 11,50 Euro plus 2,30 Euro Versandkosten erhalten. Bestellungen an: *LEIPZIGS NEUE*; Braustr. 15, 04107 Leipzig
Tel.: 0341 - 2132345,
Mail: leipzigs_neue@t-online.de

Nun hat der Streit um die Ausstellung der „Flick Collection“ in Berlin – geplant ab Ende September – die Bundeshauptstadt erreicht. Die Bürger von Zürich haben es vor einigen Jahren abgelehnt, dem Enkel des Kriegsverbrechers Friedrich Flick in ihrer Stadt Raum zur Präsentation seiner Kunstsammlung zu geben. In Berlin haben die Zuständigen solche Skrupel nicht.

Inzwischen hat Salomon Korn, Vizepräsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, den Kunstmäzen und Millionenerben Friedrich Christian Flick in einem offenen Brief zum Verzicht der Präsentation seiner Samm-

Noch ein Skandal

lung in Berlin aufgefordert: „Mit dem Namen Flick verbindet die Öffentlichkeit gewöhnlich Dreierlei: zunächst den Konzerngründer Friedrich Flick, jenen Mann, der die NSDAP finanziell unterstützte, einen großen Teil seines Reichtums vor allem der gnadenlosen Ausbeutung von Zwangsarbeitern und Arierungsverbrechen verdankte, vor dem Nürnberger Tribunal als verurteilter Kriegsverbrecher nicht die geringste Einsicht zeigte und als einer der reichsten Männer Deutschlands sich bis zu seinem Tode weigerte, auch nur die geringste Entschädigung zu zahlen ... Der dunklen Seite Ihrer Familiengeschichte werden Sie durch Ausstellung Ihrer Kunstsammlung in der deutschen Hauptstadt allenfalls vordergründig eine helle hinzufügen können. Seit Sie 1975 (und noch einmal 1985) ein riesiges Vermögen geerbt haben, hatten sie über ein Vierteljahrhundert ausreichend Zeit und Gelegenheit, die Zwangs- und Sklavenarbeiter Ihres Großvaters – und sei es nur symbolisch – zu entschädigen; ob es jene waren, die mit dem Leben zahlten, oder jene, die mit schweren gesundheitlichen Schäden überlebten: sie alle haben wesentliche Teile des Grundstocks gelegt, aus dem auch Ihr Reichtum gewachsen ist – gleichgültig, wie oft dieser Erbeil zwischenzeitlich durch ihre eigene Leistung vervielfacht wurde.

Sie können den historisch belasteten Teil Ihres Erbes – die Verbrechen Ihres Großvaters – nicht einfach vom vermeintlich neutralen materiellen Teil – das durch diese Verbrechen erworbene Blutgelds – sauber abtrennen ...“ Auch um die Kosten der Ausstellung ist es zum Streit gekommen. Sprach man noch im Dezember 2003 von 6 Millionen Euro, so bezifferte im April 2004 die Kulturstaaatssekretärin Christina Weiß die Kosten auf knapp 15 Millionen Euro. Und das bei einer leeren Bundeskasse.

• KARL-H. WALLOCH

Aufregendes und auch vergnügliches Musiktheater gab und gibt es in Leipzig auf der großen Bühne und im Keller des Opernhauses, im Großen Saal der Mendelssohn-Hochschule für Musik und Theater und auch im Gewandhaus.

Für Aufregung und Wirbel sorgen auf der Opernbühne die Scholz-Notizen 1 des Leipziger Balletts. Die Aufregung gilt aber weniger den Scholz-Notizen auf der Bühne als der nun immer wieder beschworenen Krise des Ballettdirektors und Chefchoreografen. Seine Probleme mit nicht termingerecht fertig gewordenen Stücken drohen dazu genutzt zu werden, das Leipziger Ballett in seiner jetzigen, weithin erfolgreichen Form in Frage zu stellen. Die Scholz-Notizen 1 lösten aber nicht nur einen Verriss aus, sondern auch viel demonstrative Zustimmung. Die verschiedenartigen Tanzszenen geben um die 20 Solotänzern und das Finale der großen Schubert-Sinfonie C-Dur auch der Company viele Möglichkeiten zu manch großartigen Tänzern. Auch wenn da nicht jede Bewegung neu ist. Man kann nur wünschen, dass die derzeitigen Probleme weitblickend und sach-

Kontrastreiches Musiktheater

lich geklärt werden und das hervorragende Ensemble nicht kaputt gespart wird.

Vergnüglich gings im Kellertheater des Opernhauses zu. Da hat Intendant Henri Maier die im 19. Jahrhundert populäre komische Oper *Das Glöckchen des Eremiten* von Aimé (Louis) Maillard aus der Versenkung holen lassen. Der Dragoner-Unteroffizier Belamy (Tommi Hakala) interessiert sich kaum für seine militärischen Pflichten, sondern vielmehr für die hübsche Frau Georgette (Anne-Marie Seager) des reichen Pächters Thibaut (Martin Petzold). Thibauts Knecht Sylvian (Dan Karlström) und die arme Bäuerin Rose Friquet (Ainhoa Garmendia) bringen Belamy aber in ziemliche Bedrängnis.

Wie die Kellerchefin Gundula Nowack als geistreiche Regisseurin mit den fünf spielwitzigen Akteuren, dem großartigen Pianisten Hans-Georg Kluge an Stelle des Orchesters und Chores (im Zwischenspiel in Gemeinschaft mit dem ebenso souveränen Heinz Pilz) dieses Geschichtchen als darstellerisch

und musikalisch stimmiges Ensemblespiel serviert, bereitet 90 Minuten ungetrübtes Vergnügen. Allein schon, was Tommi Hakala als Belamy in der Maske des Opernhausherren bis in die Fingerspitzen lebensecht vorführt, erweist sich als komödiantisches Kabinettstück. Das Vergnügen, das auch die Besucher der zweiten, (vorerst?) letzten Vorstellung hatten und der starke Beifall sprechen für weitere Aufführungen.

In der Mendelssohn-Hochschule lösten der Dirigent Stephan König und der Regisseur Jan-Richard Kehl, Studenten der Fachrichtung Jazz/Populärmusik/Musical und das Westsächsische Sinfonieorchester mit der Einstudierung von Stephen Sondheims Musical *Ab in den Wald (Into the woods)* viel Jubel aus. Die im ersten Akt glücklich verlaufenden Geschehnisse um Aschenputtel, Rotkäppchen, Schneewittchen Dornröschen, Rapunzel und andere Märchengestalten lösen im zweiten chaotische Verwicklungen aus. Das wird voller Spielfreude, Bewegungslust und auch – die Stim-

men nicht eben schonenden – Lärm in über drei durchaus spannenden Stunden vorgeführt. Die Begeisterung, mit der alle agierten, sangen und spielten, übertrug sich unmittelbar auf die Zuschauer und –hörer.

Schließlich bleibt eine barocke Seltenheit und musikalische Kostbarkeit zu würdigen: die konzertante Aufführung des Schuldramas *Sub olea pacis et palma virtutis* von Jan Dismas Zelenka im Gewandhaus. Allegorische Gestalten tragen anlässlich der Krönung Kaiser Karls VI. zum König von Böhmen ihre Wünsche und Bedenken vor, wie ein Herrscher und das Leben sein sollten. Die Musik des tschechischen Bach-Zeitgenossen steht den als Drama per musica bezeichneten weltlichen Kantaten Bachs nahe und erhebt sich über nicht wenige der in den letzten Jahrzehnten ausgegrabenen Barockmusiken. Die Zuhörer feierten die tschechischen Ensembles Musica Florea, Musica Aeterna, Boni Puer Knabenchor und die Solisten mit viel Beifall.

• WERNER WOLF



Das Schiller-Haus in der Menckestraße in Leipzig-Gohlis ist das älteste deutsche Literaturmuseum (1842 errichtet). 1785 lebte Friedrich Schiller für einige Monate hier und arbeitete am „Don Carlos“ und schrieb die erste Fassung des Liedes „An die Freude“. Foto: Archiv

Geheimtipp

Das Schillerhaus in Gohlis ist ein Geheimtipp für das Sommertheater. Die lieblich-romantische Atmosphäre des Gartens vor historischer Kulisse ist einmalig. Jüngst war eine sommerlich-heitere Version (Regie: Mireille Martin) der Verwicklungen und Verstrickungen um Helena, Menelaos und Paris zu erleben: *Helena – von Äpfeln, Göttern und anderen Helden*. Aufgeführt wurde das Stück von der Theatergruppe *Kulturbeutel*, die hauptsächlich aus Schülern und Studenten besteht und sich durch Begeisterung und respektable Professionalität auszeichnet. Ab Juli zeigt die Theatertruppe der Friedrich-Schiller-Schule den *Zerbrochenen Krug* von Kleist.

Das Schillerhaus bietet des Weiteren attraktive Musikveranstaltungen, Lesungen, Sommerfeste, Trödelmärkte und Puppentheater-Vorstellungen.

Internet: www.t-online.de/home/Stadtmuseum.Leipzig
Kartenvorbestellungen / Auskünfte: 0341 / 56 62 170

• D. M.

Kurt Schwaen schafft auch mit 95 noch Neues

Der Berliner Komponist Kurt Schwaen, der am 21. Juni seinen 95. Geburtstag feiern konnte, befindet sich noch immer im schöpferischen Unruhezustand. Musik für Schüler und Studenten bilden einen wichtigen Teil seines Schaffens und hat mindestens drei Generationen junger Leute mitgeprägt.

Opern für Kinder wie *Pinocchio's Abenteuer* oder *Alle helfen Happi*, die in enger Zusammenarbeit mit Brecht entstandene Vertonung des Schulstücks *Die Horatier* und die *Kuiratier*, die Kinderkantate *König Midas* (seit einiger Zeit im Spielplan des Leipziger Opernkinderchores) besitzen dabei einen hohen Stellenwert. Kurt Schwaen kommt es darauf an, dass Kinder Musik und Theater nicht nur hören und sehen, sondern so früh wie möglich selbst spielen. Viele Aufführungen zeugen davon, wie begeistert Kinder und Jugendliche seine Stücke spielten.

Doch auch konzertante und Kammermusik verschiedenster Besetzungen, Lieder für Singstimme und Klavier, Chorwerke für

Amateurchöre nehmen im etwa 650 Werke umfassenden Schaffen des Komponisten einen beträchtlichen Raum ein. Mit der Büchner-Oper *Leonce und Lena* schuf er auch für die Opernhäuser ein pointiertes geistvolles Werk. In Zusammenarbeit mit Günter Kunert entstand 1959 die Dogmatiker herausfordernde Funkoper *Fetzers Flucht*.

Prägnanz, Klarheit und Vitalität zeichnen all diese Kompositionen aus. Inzwischen haben die beiden Klavierkonzerte und das Violinkonzert einstige Grenzen überschritten und wurden vom kleinen Bremer Hastedt Verlag als CD in dessen Reihe *zeitgenossen ost* herausgegeben. Das ist nicht selbstverständlich. Denn nach den Umbrüchen von 1989/90 meinten manche aus westlichen Gefilden Zugereiste, man müsse auch auf diesem Gebiet umpflügen und hier vermeintlich Unbekanntes durchsetzen.

An seiner Wiege im 1909 noch zu Deutschland gehörenden oberschlesischen Kattowitz ist das Kurt Schwaen alles nicht

gesungen worden. Seine in Breslau begonnenen Studien setzte er 1930 in Berlin fort. Wichtige Impulse erhielt er von Hanns Eisler. Dennoch schreibt er in seinem Erinnerungsbuch *Stufen und Intervalle*, er sei eher zufällig „bei der Musik hängen“ geblieben. 1935 wurde er als KPD-Mitglied verhaftet, 1936 zu drei in Luckau und Zwickau verbüßten Zuchthausjahren verurteilt.

Nach der Haftentlassung fand er als Pianist und Komponist im Tanzstudio bei Oda Schottmüller eine anregende Aufgabe. Doch die Tänzerin wurde als Mitglied der Schulze-Boysen-Widerstandgruppe 1943 hingerichtet, Kurt Schwaen als politischer Gefangener im gleichen Jahr in die Strafddivision 999 eingezogen. Im April 1945 gelang ihm die Flucht nach Berlin, wo er die Befreiung erlebte. Sogleich begann jenes rastlose, anfangs mit viel organisatorischer Arbeit verbundene Wirken, das bis heute das Leben Kurt Schwaens erfüllt.

• WERNER WOLF

Stilles Heldentum ohne jegliches Pathos

Wenn ein Dreißigjähriger heutzutage in der Springerpresse von sich gibt, in der DDR „viel von Liebknecht und wenig über Napoleon“ erfahren zu haben, dann hat das mit deren geschichtlicher Rolle zu tun. Der eine war erbitterter Gegner des Militarismus, der andere begeisterter Soldat. Aber man sollte einen zur Wende 15 gewordenen ohnehin nicht Erinnerungen über die DDR plappern lassen – wenn das auch heutiges Niveau ist.

Gerade ein schmales Büchlein über einen Mann lesend, der sich bei seinem ersten Gestapo-Verhör als „überzeugter Kommunist“ bezeichnete, obwohl er der Partei nicht angehörte, wünschte ich mir jedenfalls, viel mehr und Konkretes über die KPD in der Schule erfahren zu haben. Was, wie der Fall Felix Bobek zeigt, jedoch nicht so einfach war. Denn er wirkte kühn und zuverlässig, das hieß vor allem verschwiegen, als Chemiker im Geheimapparat der KPD. Dort auch noch in der geheimsten Abteilung, dem Ressort BB, Betriebsberichterstattung. Deren Aufgabe bestand in der Beschaffung von Informationen über die Stimmung in der Industrie und nicht zuletzt von Produktionsgeheimnissen. Bobek hatte die Berichte zu fotografieren und sie für die Sowjetunion versandfertig zu bearbeiten. Es gelang

ihm zum Beispiel, 25 Schreibmaschinenseiten auf einem Negativ von der Größe einer Rasierklinge aufzunehmen.

Geschichtsinteressierte – ich meine nicht die, die gefährlich dumm Napoleons Kriege nachspielen – dürften mit Ergriffenheit das Buch seiner Frau, Dr. Gertrud Bobek „Erinnerungen an mein Leben“ zur Kenntnis genommen haben. Ohne je zu erfahren, wo ihr Mann sein Grab gefunden hat, starb Gertrud Bobek am 12. Juni 2000 im Alter von 101 Jahren.

Gäbe es ihren Bericht nicht, wäre heute noch weniger über diesen stillen Helden bekannt, der nach Verrat aus den eigenen Reihen nach monatelangen Qualen in Gestapo-Kellern am 22. Januar 1938 unters Fallbeil kam.

Prof. Dr. Siegfried Grundmann stieß auf Bobeks Namen bei seinen Forschungen über Albert Einsteins FBI-Akte und war fasziniert von dessen Persönlichkeit. Bobek hat es verdient, so schreibt er, einen ehrenvollen Platz in der Geschichte einzunehmen, als Mensch, als Chemiker, Kommunist, Jude und Österreicher.

Verräter Rudolf Schüllentz, der nicht nur Bobek der Gestapo auslieferte, wurde 1959 in einer niedersächsischen Gemeinde mit allen Ehren zu Grabe getragen.

• M. WARTELSTEINER



Siegfried Grundmann: Felix Bobek. Chemiker im Geheimapparat der KPD (1932 bis 1935). dietz berlin 2004. 104 Seiten, 9,90 Euro.

Heinrich Müller, Chef der Geheimen Staatspolizei (Gestapo), vereinte in seiner Person alle Eigenschaften, Merkmale und Verbrechen der Herrschaft des deutschen Faschismus. Adolf Eichmann, als Müllers Untergebener für die Juden-deportation verantwortlich, sagte über ihn: „Müller war noch mehr gefürchtet als der Reichsführer Himmler.“

Müller galt in der Weimarer Republik als kirchlich engagierter Staatsbeamter, tätig in der politischen Abt. VI a Beobachtung und Bekämpfung der Linksbewegung. Wegen seiner besonderen Verdienste in dieser Abteilung wurde er auf Veranlassung von Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich bereits am 1. Mai 1933 zur *Bayrischen Politischen Polizei (Referat Kommunismusabwehr)* – aus der die Gestapo hervorging – versetzt. Mit der Bildung der obersten Machtzentrale der Gestapo, des Geheimen Staatspolizeiamtes (Gestapa), wurde Müller Regierungs- und Kriminalrat dieses Amtes.

In Verbindung mit der Ernennung Himmlers zum Reichsführer der SS und Chef der gesamten deutschen Polizei im Juli 1936, erfolgte eine radikale Neuorganisation des Polizeiapparates. Dazu gehörte die Eingliederung der Politischen Polizei in die SS. Die Gestapo wurde dem Heydrich unterstellten *Reichssicherheitshauptamt* zugeordnet. Auf Heydrichs Anregung wurde Müller am 1. Juli 1936 in diesem Hauptamt die Leitung des Geschäftsbereiches *Innerpolitische Polizei* (Gestapo) übertragen, wodurch er in der Führungsschicht des nationalsozialistischen Machtapparates aufstieg. Unter seiner Führung wurde die Geheime Staatspolizei als eines der brutalsten Instrumente der Nazi-Diktatur

perfektioniert. Als Beamter der Polizei und insbesondere als Angehöriger der allgemeinen SS erfuhr Müller, der von sich sagte: „*Ich dulde niemanden, der sich mir in den Weg stellt!*“, zahlreiche Beförderungen und Auszeichnungen. Er stieg bis zum SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei (1941) auf und erhielt das Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes mit Schwertern (1944). Zur Vielzahl von Heinrich Müller persönlich zu verantwortenden Verbrechen

gehören tausendfache Einweisungen in Konzentrationslager, die Kennzeichnung der Juden mit einem Judenstern, die Exekutive über die für den Tod Tausender Polen verantwortlichen Einsatzgruppen und Sonderkommandos, Massen- und Einzelerschießungen in mehreren KZ, die Anwendung von Verhörmethoden „dritten Grades“, die Deportation von 45 000 Juden nach Auschwitz, die Erschießung von 50 kriegsgefangenen Offizieren der Royal Airforce. Als Leiter der „*Sonderkommission 20. Juli 1944*“ trägt er die Schuld am Tod zahlreicher Oppositioneller.

Es ist das Verdienst von J. Bornschein und des Militzke Verlages, erstmalig eine geschlossene Biografie dieses Technokraten des Terrors vorgelegt zu haben, die zugleich über die Struktur und Entwicklung der Polizei ab 1933 und des Reichssicherheitshauptamtes informiert.

Der letzte Teil behandelt kenntnisreich die Suche nach Heinrich Müller, gestützt auf eine Vielzahl deutscher und internationaler Quellen, darunter Akten der amerikanischen Geheimdienste OSS, CIC und CIA. Er konnte nie gefasst und vor ein Gericht gestellt werden. Deutlich wird, dass es bis heute manche Todes- bzw. Überlebenslegende gibt, jedoch keine gesicherten Fakten über den Verbleib Müllers. Allerdings vermerkt Bornschein: „*Sowohl Historiker als auch*

Journalisten und Vertreter von jüdischen Organisationen sind der festen Überzeugung, dass Müller mit Hilfe des amerikanischen Geheimdienstes nach Argentinien geflohen ist“ – eine Zufluchtstätte für gesuchte NS-Führer und Nazi-Kriegsverbrecher.

Das Buch enthält des weiteren aussagefähige Übersichten und Dokumente sowie ein Verzeichnis der benutzten Quellen und Archive. Kritisch zu vermerken sind einige Fehler (Jahres- und Ortsangabe) und thesenartige Abfassungen, die den anspruchsvollen Kapitelüberschriften nicht gerecht werden. Vermisst wird ein Personenverzeichnis.

• KURT SCHNEIDER

Joachim Bornschein: *Gestapo-Chef Heinrich Müller. Technokrat des Terrors. Militzke Verlag, Leipzig 2004, 224 S., 24,80 Euro*

Es ist ein mutiges Unterfangen, ohne institutionellen Rückhalt eine „Jahrbuch“-Reihe zu begründen, die eines langen Atems bedarf. Überschaubar man indessen die Dokumentation der bisherigen Veröffentlichungen der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft in ihrem zehnjährigen Bestehen seit 1994, so wird ein stattlicher Unterbau sichtbar, auf dem der Jahrbuch-Entschluss hervorgewachsen ist. Dieser Unterbau wird von drei Säulen gestützt: Erstens eine weit-sichtig angelegte, kreative Konzeption, die Louise Otto-Peters gleichsam als Patronin auffasst und es ermöglicht, verschiedenarti-

Erstes Louise-Otto-Peters-Jahrbuch

ge Zeiträume, Ideen, Bestrebungen usw. miteinander zu koordinieren. Zum anderen erscheint Louise Otto-Peters als eine Art Ariadne, die den Knäuel wirft, dessen Faden nicht aus dem Irrgarten, sondern erst einmal in das Labyrinth der Geschichte lockt und den Pioniergeist zur wissenschaftlichen Forschung weckt. Drittens schließlich wurde dadurch die Louise-Otto-Peters-Gesellschaft zum Anziehungspunkt, die eine Vielzahl von Persönlichkeiten unterschiedlichsten Anliegens, Charakters und Wissenschaftsdisziplinen zusammenzuführen, auch zu integrieren wusste. Ergebnis waren eine Vielzahl niveauvoller Veranstaltungen (mit Kinderbetreuung, Kaffeetafel, wissenschaftlichen Referaten, Lesungen, Schauspielereien, Stadtrundgängen usw.), gezielte Spurensuche in Archiven und Bibliotheken, der Aufbau einer bescheidenen Arbeitsstelle mit Archiv und Bibliothek und eines personellen Netzwerkes sowie – in einem Jahrzehnt! – fast zwei Dutzend Veröffentlichungen.

Der erste Band des Louise-Otto-Peters-Jahrbuchs ist Reflex der zehnjährigen zielgerichteten Arbeit der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft. 14 Autorinnen und Autoren sind mit 21 Beiträgen vertreten und – ganz erstaunlich – alle bieten Neues über Louise Otto-Peters. Das fängt an von „autodidaktischen Studien eines deutschen Mädchens um 1840“ nach Louise Otto-Peters’ unveröffentlichten Notizen sowie nicht publizierten Diarieren aus dem Revolutionsjahr 1849 und reicht über „Annäherung an Louise Otto-Peters’ Buch *Genius der Natur*“ und Unbekanntes über ihre Biographie nach August Peters’ Tod bis „Louisens Hexenbild in dem Roman *Nürnberg*“.

Besonders interessant sind Beiträge, die auf persönliche Verbindungen von Louise-Otto-Peters aufmerksam machen, so u. a. zu Mathilde Franziska Anneke, Karl Christian Friedrich Krause als philosophische Quelle, Adolf Hofmeister und Robert Schumann. Hinzu kommen Beiträge zu übergreifenden Themen wie „Beleidigung und Zurücksetzung eines ganzen Geschlechts“, Louises Kommunikationsstrategie. Louise Otto-Peters personifiziert gleichsam die demokratische Wurzel der Frauenbewegung in Deutschland.

Es wäre gewiss ertragreich, auch die Folgeentwicklung in den Blick zu nehmen, natürlich ohne die „Patronin“ zu vernachlässigen.

• WOLFGANG SCHRÖDER

Louise-Otto-Peters-Jahrbuch 1/2004. Forschungen zur Schriftstellerin, Journalistin, Publizistin und Frauenpolitikerin Louise Otto-Peters (1819 – 1895), Hrsg. von Johanna Ludwig, Elvira Pradel und Susanne Schütz unter Mitarbeit von Hannelore Rothenburg. Sax-Verlag Beucha 2004, 240 S., 19,80 Euro (LOUISEum 19, Sammlungen und Veröffentlichungen der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e. V.)

KALENDERBLATT

Vor 40 Jahren verstorben Erich Eyck

Erich Eyck, am 7. Dezember 1878 in Berlin als Sohn eines jüdischen Getreidehändlers geboren und von 1906 bis 1937 als Rechtsanwalt und Notar beim Berliner Kammergericht tätig, gehörte zu den entschiedenen Verteidigern der Weimarer Republik. In der Vossischen Zeitung gestaltete er nebenamtlich deren Dienstagsbeilage *Recht und Leben* als Sprachrohr für einen demokratischen Rechtsstaat und wandte sich gegen rechtslastige Gerichtsurteile und die Bagatellisierung eines aggressiven Antisemitismus in der Rechtsprechung. Seine Stellung zur sozialen Frage korrespondierte mit liberalen Bestrebungen von Friedrich Naumann, Theodor Barth und Theodor Heuss, mit denen er engeren Kontakt hatte.

1937 emigrierte er nach England, wo er sich der Geschichtsschreibung zuwandte und ab 1938 bis zu seinem Tode am 23. Juni 1964 ein historisches Werk nach dem anderen veröffentlichte, Bücher, die in Westeuropa schnell Verbreitung fanden. Dabei stießen vor allem seine kritischen Analysen der militaristischen und nationalistischen Aspekte der deutschen Geschichte eher auf Ablehnung als auf Zustimmung. Sein Biograph Hans Schleier vermerkt, dass zu seinen Leitgedanken gehörte, dass die Politik der Gewalt nach innen und außen sich als äußerst verhängnisvoll erwies. Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten 1925 war, so Eyck, „ein Triumph des Nationalismus und des Militarismus und eine klare Niederlage der Republik und des Parlamentarismus“. Mit der Einsetzung Hitlers zum Reichskanzler 1933 brach dann die Gewalt voll herein. Der deutsche Name wurde zum „Symbol alles dessen“, was die „Menschheit als brutal, gemein und frevelhaft verdammt“.

Ein weiterer Grundzug war nach Hans Schleier, Eyck's „distanziert abweisendes Verhältnis zur deutschen Sozialdemokratie“, die er für das Scheitern der Weimarer Republik „entscheidend mitverantwortlich“ machte.

Die historischen Schriften Eyck's, zu denen auch die Geschichte der Weimarer Republik (2 Bände) gehört, waren zum Zeitpunkt ihres Erscheinens wichtige Impulse für eine kritische Neubewertung der deutschen Geschichte aus liberaldemokratischer Sicht.

• KURT SCHNEIDER

Was Kasernennamen aussagen

Vor 90 Jahren, am 18. Februar 1914, erschien im „Leipziger Tageblatt“ eine kurze Mitteilung über den Königlichen Erlaß Nr. 27/14. Unter dem Titel „Äußere Anschriften an Kasernen“ wurde mitgeteilt, dass in Sachsen 45 Kasernen Namen erhalten hätten. Das betraf auch fünf Leipziger Kasernen.

Bis zu diesem Zeitpunkt trugen nur die Regimenter Namen, zu meist die ihrer „Besitzer“, einer Art von Regimentspaten. Daraus resultierend erhielten auch die Kasernen die Namen der jeweiligen Regimenter: Die Kaserne an der Hallischen Straße (Georg-Schumann-Straße, heute LVA) hieß nun König-Georg-Kaserne, die Infanteriekaserne an der Heerstraße (Olbrichtstraße) Prinz-Johann-Georg-Kaserne und die Kaserne des Trainbataillons 19 an der südlichen Heerstraße wurde ganz simpel Trainkaserne benannt. König Georg (1832–1904) und Prinz Johann Georg (1869–1938) waren aber nicht einfach nur König und Prinz von Sachsen. Sie waren für die Traditionspflege im jeweiligen Regiment vor allem auch Heerführer. So war König Georg Generalfeldmarschall und Generalinspekteur der 2. Armeeinspektion, zu der neben Sachsen auch Schlesien gehörte. Im

Krieg von 1870/71 hatte er eine Division befehligt. Und Johann Georg war Generalleutnant und Brigadekommandeur. Da das Ulanenregiment (nördliche Heerstraße) und das Feldartillerieregiment (Viertelsweg) keine Chefs hatten, wurde hier auf andere sächsische Militärs zurückgegriffen. Die Ulanenkaserne hieß nun König-Albert-Kaserne und die Artilleriekaserne Planitzkaserne. König Albert (1828–1902) war der wohl militärischste König Sachsens. Er führte die sächsische Armee in den Kriegen von 1866 und 1870/71. Und Planitz (1837–1902) war ab 1891 sächsischer Kriegsminister. Er war einer jener sächsischen Militärs, die die Verpreußung Sachsens vorantrieben hatten.

Als 1919 die sächsischen Monarchen davongejagt worden waren und die Reichswehr die Kasernen übernahm, da blieben die Kasernennamen erhalten, ganz im Sinne der monarchistisch eingestellten Offiziere. Nur die Trainkaserne (bekannt als „Werk Motor“) erhielt jetzt den Namen Treitschkekaserne, nach dem ersten Kommandeur des XIX. (Leipziger) Armeekorps General der Infanterie Heinrich Leo Treitschke. Doch die Kaserne behielt diesen

Namen nur bis August 1938. Da wurde sie in Kirchbachkaserne umbenannt. Auch Kirchbach war Kommandeur des XIX. Armeekorps, doch er war Artillerist und führte das Armeekorps im Ersten Weltkrieg. Im Jahr zuvor war bereits die Planitzkaserne am Viertelsweg in Adolf-Hitler-Kaserne umbenannt worden. Die Nachrichtenkaserne an der Danziger Straße (Max-Liebermann-Straße) erhielt schon bei ihrer Übergabe im Jahr 1935 den Namen Hindenburgkaserne. Warum die großen Flak-Kasernen in Schönau und Paunsdorf keine Namen erhielten, ist nicht nachvollziehbar. Einen rigorosen Schnitt gab es mit dem Ende der Naziherrschaft. Zwar gab es weder einen Beschluss noch einen Befehl, doch die bisherigen Namen waren nicht mehr existent.

Mit dem Aufbau der NVA erhielten auch Leipziger Kasernen wiederum Namen – und erneut entsprechend der Namen der hier stationierten Truppen. Am 7. Oktober 1965 erhielt die Kaserne an der Georg-Schumann-Straße den Namen Georg-Schumann-Kaserne nach dem Leiter der größten Leipziger Widerstandsgruppe gegen das NS-Regime. Am 1. März 1973 wurde die Kaser-

ne an der Olbrichtstraße nach Alfred Frank, dem Maler mit dem roten Stern, benannt. Die Kaserne am Viertelsweg erhielt ebenso wie die Kasernen der Sowjetarmee keinen Namen.

Der letzte Befehl des Pfarrers Eppelmann, des Ministers für Abrüstung und Verteidigung der Übergangsregierung, galt den Traditionen der NVA. Da es der Bundeswehr wohl nicht zumutbar war, dass Kasernen nach Naziopfern wie Schumann, Frank und Wilhelm Leuschner oder auch z. B. nach August Bebel benannt waren, löschte er in vorausgehendem Gehorsam diese Namen. In diesem Zusammenhang wurden auch die dazu gehörenden Denkmale geschleift. Und die Bundeswehr vergab neue Namen, für die Kaserne am Viertelsweg den von Theodor Körner und für die Kaserne an der Olbrichtstraße den von General Friedrich Olbricht. Damit waren wir in Leipzig gut weggekommen. Weder wurden wir mit einem der Wehrmachts„helden“ noch mit dem Geschlecht der Wettiner belästigt. Kasernennamen sagen eben auch eine Menge über den Charakter einer Armee aus.

• DIETER KÜRSCHNER

Der Dichter und moralphilosophische Schriftsteller Christian Fürchtegott Gellert, der vor allem durch seine Fabeln und Lieder bekannt wurde, war ebenso wie sein Zeitgenosse Gottsched der Sohn eines Pfarrers. Geboren wurde er in dem Erzgebirgsstädtchen Hainichen. Unsichere finanzielle Verhältnisse im Elternhaus zwangen ihn schon im Kindesalter, sich durch Abschreibearbeiten einigen Erwerb zu verschaffen. 1729 kam Gellert auf die Fürstenschule in Meißen und 1734 auf die Universität Leipzig, wo er Theologie studierte. Leipzig sollte dann auch die Stätte seines Schaffens werden. Das Wirken des Dichters fiel in eine Zeit, in der – trotz wirtschaftlicher Rückständigkeit und Zersplitterung der staatlichen Zustände – das deutsche Geistesleben von der Aufklärungsbewegung erfasst wurde, die in deutschen Landen das Nationalbewusstsein entfachte und Musik, Philosophie und Literatur auf eine sehr hohe Stufe hob. Gellert, der es aufgegeben hatte, Prediger zu werden, wirkte als akademischer Lehrer und trat nach Erlangung einer Professur 1751 an der Leipziger Universität mit Vorträgen über Dichtkunst und Beredsamkeit hervor. Daneben schrieb er Poesie und Prosawerke, in welchen er einen pietistisch-christlichen Standpunkt vertrat. Seine Lehr-

Auf Gellerts Spuren

gedichte „Geistliche Oden und Lieder“, voller glaubensstarker Frömmigkeit, und seine Fabeln, die sich durch leicht verständliche Moral auszeichnen, bereicherten die eben auflebende deutsche Dichtung.

Seine Beziehung zu Leipzig dürfte allgemein bekannt sein.

Wer weiß aber schon, dass der einstmal berühmte Mann sich während der Wirren des Siebenjährigen Krieges (1757–1763) für längere Zeit in dem kleinen Dörfchen Bonau, einem Ortsteil von Schelkau, im südwestlichen Rand des heutigen Kreises Weißenfels aufhielt? Damals gehörte dieses Gebiet zu Kursachsen. Auf Einladung eines Gönners nahm der damals schon von schwerer Hypochondrie Geplagte 1757/58 in dem ehemaligen Gutshaus, dem „Wasserschloss“, Quartier. Dort befand sich im Obergeschoss das Gastzimmer, in dem der Dichter wohnte. Es wurde „Gellertzimmer“ genannt, und man konnte es noch Anfang der 60er Jahre mit freundlicher Erlaubnis des Wohnungsinhabers besichtigen. Heute ist aus dem ehemaligen Herrenhaus das „Hotel Wasserschloss Bonau“ geworden. Im

Barock-Saal können sich Paare das Ja-Wort geben.

Im Freien waren noch bis gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts am Anfang einer Kastanien-Allee zwei „gewichtige“ Erinnerungstücke an den Dichter vorhanden: die Steinbank, „Gellertbank“ genannt, und ein dazu



Gellertbank und Tisch in Bonau
Zeichnung: Anton Röska 1961

gehörender Tisch, beides allerdings schon sehr verwittert und ramponiert. Hier mag der geistvolle Mann meditiert haben: vor sich die ruhende Wasserfläche des Teiches, über sich die grüne Kuppel der mächtigen Baumkronen, in deren Rauschen sich das Murmeln des

Bielbaches mischte. An diesem Ort soll die bekannte Hymne „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre“ – von Beethoven später vertont – entstanden sein. Heute sind Bank und Tisch durch neue Stücke ersetzt.

Als die Schlacht bei Roßbach (5. November 1757) tobte, soll der Kanonen Donner bis nach Bonau zu Gellert gedungen sein, worüber dieser allerdings nicht begeistert gewesen sein dürfte. Namen wie „Gellertgang“, „Dichter- und Poetenweg“ lassen darauf schließen, dass Gellert ausgedehnte Spaziergänge unternahm. Als Andenken wurde lange Zeit in der Kirche von Meinekeh, etwa zwei Kilometer von Bonau entfernt, auf der zweiten Empore ein Gesangbuch Gellerts aufbewahrt. Der Schöpfer vieler geistlicher Lieder besuchte während seiner Bonauer Zeit sehr häufig dieses Gotteshaus, mitunter per Pferd. Lobend äußerte er sich über die wunderschönen Gärten in Meinekeh, die Vorläufer des heutigen Parks zu Meinekeh. Oft kam er nach Meinekeh, um die Postkutsche aus Leipzig abzuwarten. So erhielt er seine Post aus Leipzig viel eher als in Bonau. Die Meinekeher schien Gellert besonders ins Herz geschlossen zu haben. So wollte er sich – so wird erzählt – in Meinekeh ein Haus kaufen, sollte er einmal in der Sächsischen Lotterie gewinnen. • GÜNTHER RÖSKA



Von
KLAUS HUHN

ALLE REDEN über Fußball – ich nicht. Warum? Weil ich dahinterkam, dass es viel wichtigere Fragen gibt, als die nach dem neuen Europameister. Zum Beispiel die nach der Zahl der Medaillen, die die BRD in Athen erkämpft. Und welchen Platz man damit in der Länderwertung belegen wird? Ich war sicher, das würde die Gemüter mindestens so bewegen, wie die Frage nach dem neuen Fußball-Europameister, aber ich war absolut auf dem Holzweg. Denn worum es tatsächlich im deutschen Sport geht, hatte Klaus Riegert, sportpolitischer Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, den Präsidenten des Nationalen Olympischen Komitees Manfred Steinbach gefragt: Werden alle Athen-Reisenden vorher auf ihre Stasi-Vergangenheit geprüft? Eine brennende und logische Frage. Denn was wäre eine Goldmedaille wert, wenn der, der sie erobert, irgendwann beim MfS Wache gestanden haben sollte? Da sind wir uns schließlich alle einig: Einen Dreck wäre sie wert und ein redlicher Deutscher müsste sie dem IOC per Eilpost zurückschicken. Mit entsprechendem Entschuldigungsanschreiben, versteht sich. Wie wichtig solche Fragen sind, wurde deutlich, als der Naivling Steinbach vor dem Bundestagsausschuss für Sport antwortete: „Bei unseren jungen Athleten kommt es ja nicht mehr in Frage. Die Älteren, die schon bei früheren Olympischen Spielen dabei waren, sind bereits diesbezüglich geprüft und getestet worden. Bei begründetem Anlass haben wir jederzeit die Möglichkeit. Also, da können Sie sicher sein, dass wir das gewissenhaft machen.“ Das musste zitiert werden. Schon wegen

der unübertroffenen Formulierungen wie „diesbezüglich“ und „gewissenhaft“. Wen interessiert „diesbezüglich“, wie die Olympia-Kandidaten ihre Normen erfüllten oder gar, wie sie wo trainieren konnten? Niemand! Aber zu der anderen, brennenden Frage meldete sich ein gewisser Giselher Spitzer, Privatdozent an der Uni Potsdam, der sein mangelhaftes sportliches Allgemeinwissen

dem Hals hat, ließ Conte wissen, dass er den „Deal“ ablehnt. (In den USA wird man angesichts der konsequenten Haltung des Präsidenten wenigstens in dieser Frage aufatmen ...) Betroffen von der Affäre sind die dreifache Olympiasiegerin Marion Jones, der 100-m-Weltrekordsprinter Tim Montgomery, die 400-m-Staffel-Olympiasieger Calvin und Alvin Harrison. Was diese Stars

Sportkolumne

Es geht um die wirklich wichtigen Fragen!

durch die Kenntnis von Stasiakten auszugleichen pflegt und mit dem gravierenden Hinweis in die Debatte einstieg: „Es sind seit Sydney 2000 neue Unterlagen erschlossen worden. Es werden ja auch ständig neue Akten zusammengeklebt, die lange Zeit als vernichtet galten. Wenn ein Stasi-Fall kurz vor den Spielen aufgedeckt werden sollte, wäre der Schaden für den Sport groß.“ So zitierte jedenfalls die „Berliner Zeitung“ (18. 6. 2004) den „Wissenschaftler“. Ich bin nur froh, dass ich mich rühmen kann, noch weiter zu gehen und zu versichern, dass der Schaden unbeschreiblich wäre, wenn ein Athlet, dessen Name sich auf einem dieser Tage zusammengeklebten Papierfetzen findet, eine Goldmedaille holen würde. Dagegen sind die Debatten um das Doping in den USA echte „peanuts“. Dort wurden nicht etwa positive Dopingproben ermittelt, sondern ein Speziallabor enttarnt, das seit Jahren für die Spitzenathleten Spitzenpillen produziert. Noch ist der Pharmakonzern nicht gefunden worden, der hinter dem von einem gewissen Victor Conte geleiteten Labor Balco (Bay Arena Laboratory Cooperative) steht, aber um peinlichen Nachfragen zu entgehen, hat sich Conte an Präsident Bush gewandt und ihm vorgeschlagen, er würde ein Geständnis ablegen, wenn er im Gegenzug straffrei ausginge. Bush, der im Augenblick bekanntlich einige andere Probleme auf

allerdings vor handfestem Ärger schützen wird, ist die Tatsache, dass sie alleamt keine Stasi-Akte haben! **NUN WERDE** ich doch noch einige Worte über den Fußball verlieren. Allerdings nur darüber, dass die supermoderne Fußballgegenwart in mancher Hinsicht noch im vorigen Jahrhundert lebt. Die Ausrüstung der Schiedsrichter, die so oft über den Ausgang eines Spiels zu entscheiden haben, beschränkt sich seit 1900 faktisch auf die Trillerpfeife, die nicht einmal digitalisiert wurde. Läuft in dem Sekundenbruchteil einer entscheidenden Phase ein Spieler vor des Schiedsrichters Nase herum – was ihm keine Regel verbietet – sieht der logischerweise weniger als der Zuschauer vor dem heimischen Fernsehschirm. 825 Millionen Euro Gewinn werden von dieser Europameisterschaft erwartet. Ein Prozent wären demzufolge 8,25 Millionen. Die würden reichen, um bei jedem Spiel Spezialkameras zu installieren, die einem weiteren Schiedsrichter die Möglichkeit böte, jede Szene ungestört in Zeitlupe zu verfolgen und dem Kollegen auf dem Rasen zu signalisieren, ob ein Foul begangen wurde und wer es beging. Aber ich habe keine Hoffnung, dass je jemand über meinen Vorschlag nachdenken wird. Schon damit meine Kollegen Reporter sich bis in alle Ewigkeit rühmen können, mehr zu wissen als die Schiedsrichter! Ich gönne ihnen diesen Ruhm.

TELESKOP

Seltenheitswert

Wer erinnert sich nicht an die Schmutzkampagne gegen die IG-Metall im letzten Jahr? Oder gegen die Angriffe gegen Sommer und Peters im Kampf gegen die berüchtigte Agenda? Oder an das widerliche Geifern von Fernsehkommentatoren gegen Gewerkschaftsforderungen? Wenn im Fernsehen – egal ob öffentlich-rechtlich oder privat – die Rede von Gewerkschaften ist, dann fallen fast ausnahmslos Worte wie „Gewerkschaftsbosse“, „Reformunwilligkeit“, „überzogene Forderungen“ und so weiter ... Da hat es schon Seltenheitswert, wenn ein Gewerkschafter – aus Versehen (?) – mal mit positiven Attributen ausgestattet wird. Wenn es auch nur eine TV-Komödie ist. Wenn auch nur gegen Mitternacht gesendet. Wenn auch nur auf einem Dritten: „Dann kamst Du“ – ein deutscher Fernsehfilm aus dem Jahr 2003 nach dem Roman von Eva Herman.

Die Handlung ist klar strukturiert, eine TV-Moderatorin wird verlassen, flirtet aus Frust, verliebt sich in ihren Studiogast, einen Gewerkschafter, reist ihm hinterher, und macht noch ein paar andere Männer verrückt und bekommt doch ihren Angebeteten. Soweit nichts Ungewöhnliches in heutigen seichten Unterhaltungsgewässern. Das Seltene ist die wohlwollende charakterliche Zeichnung eines Gewerkschafters: warmherzig, ehrlich, verständnisvoll, fleißig. Auch aus dem Alltag wird einiges ans Licht geholt: anstrengende Tarifverhandlungen, lange Sitzungsnächte, Abwesenheit von der Familie. Und er darf mit gewerkschaftlichen Positionen aufwarten, die nicht – wie im wahren Nachrichtenleben von einer werbespotterigen Journaille – in den Dreck gezogen werden. Er darf von den ewig gleichen Ausreden und Unterstellungen der Arbeitgeberverbände erzählen, davon dass die Gewerkschaft hart bleiben muss. Ja, ja ich weiß, es ist nur ein Unterhaltungsfilm, kurz vor Mitternacht, auf einem Dritten ... • D. M.

Liebe Rätselfreunde

Unsere Rätselfrau Marianne Kucharki ist krank und nicht so einfach zu ersetzen. Wir wünschen ihr baldige Genesung und bitten unsere Leser um Verständnis, dass wir sie nicht mit Ersatz langweilen wollen.

Lesen was andere verschweigen:



Jetzt drei Monate Probeabo!

Ja, ich will das Probeabo nutzen!
Ich zahle für 7 Ausgaben nur 3,50 € statt 7,00 €.

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Ich möchte auf Rechnung bezahlen.

Ich möchte per Lastschrift bezahlen.

Konto-Nr.: _____

Kreditinstitut: _____

Bankleitzahl: _____

Das Probeabo erlischt nach 7 Ausgaben automatisch. Ich kann es aber danach in ein normales Dauerabo umwandeln lassen, wobei ein neuer Vertrag über den Bezug von „Leipzig Neue“ geschlossen werden muss.

Datum / Unterschrift: _____

Mit tiefer Erschütterung habe ich vom Ableben von Prof. Dr. sc. phil. Hans Jürgen Friederici erfahren. Sein Leben vollendete sich im Alter von 81 Jahren nach komplizierten Operationen, und zuvor einer leidvollen Erkrankung als Folge eines tragischen Unfalls. Es war stiller um ihn geworden, seine wohlklingende Stimme sowie die von Klugheit und Lebenserfahrung geprägten Betrachtungen zu Vergangenheit und Gegenwart wurden vermisst. Die Gespräche bei unseren Besuchen ließen jedoch keinen Zweifel an seinem ungebrochenen Interesse und Wissen um das Geschehen in der Welt und im Lande aufkommen.

Für Hans Jürgen markierte die Implosion des Staatssozialismus, bei aller Enttäuschung sowie Bitternis, keineswegs das „Ende der Geschichte“.

Auch in der schweren Niederlage, den erfahrenen Demütigungen, hielt er es für geboten, den demokratischen Sozialismus der kapitalistischen Realität entgegenzusetzen, die Vergangenheit kritisch aufzuarbeiten, neue Wege zu beschreiten.

Der heldenhafte Einsatz von Millionen Soldaten aus vielen Ländern der Erde zur Befreiung Europas, darunter auch Deutschlands, vom faschistischen Joch sollte und darf, auch nach Generationen, nicht in Vergessenheit geraten. Der hohe Blutzoll den diese Völker gezahlt haben verpflichtet uns einfach dazu. Insofern wurde die beeindruckende Feier anlässlich der 60. Wiederkehr der Invasion und die stellvertretende Ehrung einiger Kriegsveteranen, auch für die im Kampf gefallenen Kameraden, durch Präsident Chirac, der Würde dieses Tages voll gerecht.

Allerdings konnte man es auch bei diesem Ereignis, wie bei so vielen anderen Gelegenheiten, nicht lassen, eine dem Zeitgeist entsprechende einseitige Bewertung des historischen Verlaufs vorzunehmen. So erfuhren die übermenschlichen Anstrengungen der Sowjetunion bei der Zerschlagung des Faschismus nicht die ihr gebührende Würdigung. Es war eben nicht die Landung der Alliierten in der Normandie, die den Wendepunkt im Kampf gegen die Faschisten herbeiführ-

Nur wenige Tage nach Abschluss der 57. Friedensfahrt staunten etliche Einwohner von Zittau, Bogatynia und Hrádek nad Nisou nicht schlecht, wer da auf ihren Straßen unterwegs war. Rund 50 Fahrerinnen und Fahrer in originellen Trikots mit der Friedenstaube am Ärmel lösten nicht nur Erstaunen am Straßenrand aus, sondern brachten auch die Zöllner an den seit 1. Mai 2004 offeneren Grenzen ins Grübeln. Erregten wir bei ihnen Verdacht auf Menschenschmuggel oder was sollte sonst die Tarnung mit den einheitlichen Trikots bedeuten? Also war hier nicht einfaches Durchwinken angesagt.

Was steckte aber nun wirklich hinter der ganzen Sache? Es handelte sich um eine erste kleine Friedensfahrt, einer der Höhepunkte beim EUROPACAMP 2004 in Hrádek nad Nisou (CZ).

Die einzige Mannschaft, die da antrat, setzte sich aus verschiedenen Linken aller Couleur zusammen. Da waren tschechische GenossInnen der KSCM, slowakische Genossen der KSS, polnische Genossen der KPP und deutsche GenossInnen der DKP und PDS. Sie waren Teilnehmer und auch die Organisatoren des EUROPACAMPs, das nun schon über zehn Jahre von Mitgliedern verschiedener Basisstrukturen dieser Parteien organisiert wird. Das Team bewältigte gemeinsam die

In memoriam Hans Jürgen Friederici

15. Dezember 1922 – 7. Juni 2004

Das entsprach ganz seiner Lebensphilosophie die er als Historiker, als Schüler von Hermann Duncker, als Freund und Weggefährte von Ernst Engelberg, Jupp Schleifstein, Lothar Mosler, Max Steinmetz verinnerlicht hatte und als beliebter Hochschullehrer an seine Studenten, Doktoranden, Kursanten am Franz-Mehring-Institut der Karl-Marx-Universität seit 1954 bis zu seiner Emeritierung 1988 weitergab.

Als Forscher erwies er sich ebenso als gründlicher Kenner der Geschichte der Arbeiterbewegung. Der Bogen spannte sich vom Wirken Ferdinand Lassalles über Franz Mehring bis hin zur Politik der SOPADE nach 1933, dem antifaschistischen Widerstand deutscher Kommunisten in dieser Zeit in Oberschlesien

sowie den Untersuchungen dazu in der Region Leipzig; sie fanden Ergänzung durch bemerkenswerte Studien und Publikationen zum Wirken von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Überzeugung gegen das Hitlerregime.

Darin vermittelte er ein lebendiges sowie differenziertes Bild, warf neue Fragen für Lehre und Forschung auf. Hans Jürgen Friederici war mir mehr als Weggefährte oder Begleiter und Mentor meines eigenen wissenschaftlichen Werdeganges, er war mir Freund und Genosse, aber vor allem Vorbild in seiner Gradlinigkeit, Toleranz, Bescheidenheit wie Menschlichkeit. Er verkörperte das Leitbild eines marxistischen Historikers, der so beispielhaft die Vergangenheit zum Leben erweckte,

die Geschichte als Prozess darlegte, das Gestern mit dem Heute zu verbinden wusste und überzeugend vermittelte.

In einem seiner letzten Aufsätze zu den Bücherverbrennungen 1933 gelangte Hans Jürgen zu dem bemerkenswerten Credo: „Überall liest man davon, dass Geschichte bewältigt werden soll ... Bewältigte Geschichte ist scheinbar abgeschlossene Geschichte, die das Gewissen der Nachfolgenden nicht mehr belastet. Geschichte als Entsorgungsanstalt. Ich denke, das kann nicht sein ... Umgang mit der Geschichte heißt auch, anzuerkennen, dass die gegebene Welt nicht die beste aller Welten ist, dass Veränderungen und Verbesserungen notwendig sind, wenn die Menschheit eine Überlebenschance haben will.“

Folgen wir, die wir ihm und seiner Sache verbunden waren und sind, diesem Vermächtnis des teuren Toten. So werden wir am besten Hans Jürgen Friederici stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

PROF. (EM) DR. SC.
HELMUT ARNDT

Zum 60. Jahrestag der Invasion in der Normandie

te, sondern dieser trat schon viel früher, in den großen Schlachten der Sowjetarmee am Kursker Bogen und in Stalingrad ein. Von diesem Zeitpunkt an ging es für die deutsche Wehrmacht nur noch rückwärts. Die Last und die riesigen Verluste dieses Kampfes wurden durch das sowjetische Volk und seine Streitkräfte allein getragen.

Die Sowjetunion hatte damals die Alliierten mehrfach um die Eröffnung der sogenannten 2. Front gebeten, um die sowjetischen Streitkräfte zu entlasten und die Faschisten durch einen Zweifronten-Krieg weiter zu schwächen. Erst als sich durch das immer zügigere Vordringen der Sowjetarmee die „Gefahr“ abzeichnete, dass diese schneller als es den Westmächten ins politische Kalkül passte, die deutsche Grenze überschreiten und eventuell bis an die deutsch-französische Grenze vorrücken würde,

schrillten bei den Westmächten die Alarmglocken und man entschloß sich zur Eröffnung der 2. Front. Es ging also in erster Linie darum den weiteren Vormarsch der Sowjetarmee zu stoppen und damit die mögliche Einflussosphäre der Sowjetunion von vornherein zu begrenzen.

Die Befreiung Frankreichs und anderer Staaten vom faschistischen Joch war dabei gewissermaßen nur das Nebenprodukt.

Man kann also resümieren, dass der nach Beendigung des 2. Weltkrieges folgende „kalte Krieg“ bereits zu diesem Zeitpunkt seinen Anfang nahm. Man sollte deshalb bei der Bewertung solcher historischen Ereignisse den Bürgern nicht nur die in das heutige politische Weltbild passenden Wahrheiten verkünden.

G. FLEISCHHAMMER,
LEIPZIG

Bloch-Ausstellung

Hitzige Debatten entfachen noch Jahrzehnte nach seinem Tod Leben und Werk des linken Philosophen Ernst Bloch (1885 – 1977). Seine Biografie – detailliert dargestellt in einer Ausstellung „Denken ist Überschreiten – Ernst Bloch in Leipzig“ (Hörsaalgebäude der Leipziger Universität, bis 17. Juli) verdeutlicht das konsequente Ringen eines engagierten marxistischen Denkers um seine und für seine Integrität und Unbescholtenheit, kündigt aber auch von den tiefgreifenden Verwerfungen deutscher Geschichte im Spannungsfeld des 20. Jahrhunderts und angesichts sich widerstrebender Ideologien.

Blochs Leipziger Jahre im Kontext der Ost-West-Konfrontation sind nach den Jahren im Exil besonders bezeichnend und bedeutsam, weil sie den Konflikt zwischen marxistischer Theorie und Praxis deutlich werden lassen. Blochs Hoffnung, seine Ideale in der DDR zu verwirklichen und mit definieren zu können, wie Marxismus zu interpretieren sei, ging nicht auf.

H. GERATHEWOHL, LEIPZIG

Petite Course de la Paix

Strecke von über 20 km bei Sonne, Wind und Regen ohne Ausfälle, gab sich gegenseitig Unterstützung, damit keiner zurückfiel. In Zittau wurde ein PDS-Infostand auf dem Marktplatz unterstützt, denn deren Mitglieder waren maßgeblich an der Vorbereitung der Tour beteiligt. In Bogatynia erlebten wir hautnah den gut funktionierenden kleinen Grenzverkehr der deutschen Konsumenten auf der in aller Hinsicht günstigen internationalen Einkaufsmeile.

Das Resümee nach Ende der Tour war einhellig. Das machen wir wieder. Der Anlass dieser kleinen Friedensfahrt waren nicht nur die Europawahlen oder die Aufnahme Polens, der Slowakei und der Tschechischen Republik in die EU. Wichtig war für uns das weitere gegenseitige Näherkommen. Kurz gesagt, was können wir voneinander lernen und wie unsere Arbeit in der Region zum gegenseitigen Vorteil miteinander verknüpfen. Jetzt wird

sich zeigen, ob die Linke auf die EU-Osterweiterung vorbereitet war und ist. Sich verstärkt in die Thematik internationale politische Zusammenarbeit einzubinden, Kontakte aufzunehmen bzw. auszubauen, gebietet schon längst die Globalisierung. Da müssen die Linken viel mehr über ihren eigenen Tellerrand schauen.

Die Gründung der „Europäischen Linkspartei“ (EL) ist ein erster wichtiger Schritt und hat schon einige Probleme erkennen lassen. Nicht umsonst hat sich die KSCM vorerst noch den Beobachterstatus vorbehalten.



Ein mehrstündiges Forum zum Thema die „EL und Wir“ aller teilnehmenden Parteien des Camps, hier ist noch die FKP zu ergänzen, hat deutlich gemacht, dass wir mit dem Gründungsprozess noch am Anfang sind und jedes Mitglied der EL einige Schritte aufeinander zugehen muss, um der jetzigen Entwicklung in Europa Einhalt zu gebieten. Damit auch keiner zurückbleibt, so wie es unsere „Kleine Friedensfahrt“ unter Beweis gestellt hat.

Eine wichtige Voraussetzung war das Ergebnis der Europawahl. Sieben für die PDS, sechs GenossInnen der KSCM, darunter der Gen. Kohlicek, ebenfalls Delegierter der EL in Rom und zwei Genossen der FKP haben den Einzug in das Europäische Parlament geschafft.

Es ist vorstellbar, dass sie alle, die Sahra, der Andre, der Francis, die Véra, der Jaromir, sich zu einem guten Team zusammenfinden. Vielleicht werden sie einmal in irgendeiner Weise unsere „Kleine Friedensfahrt“ unterstützen, ob als Mitorganisator, Teilnehmer, Sponsor oder Zuschauer. Wir haben noch einige Ideen für die Fahrt und freuen uns über jede Resonanz, den „Petit Course de la Paix“ zur Tradition im Dreiländereck werden zu lassen.

CHRISTINE UND ANDREAS HALLE,
LEIPZIG

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN



Dienstag, 29. Juni, 18 Uhr, Leipzig
 Zum Erscheinen des 6. Bandes „Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus“. Von Hegemonie über Hexe, von Ideologie über Jeans bis Justiz. Mit Dr. Jürgen Stahl, Leipzig
 Harkortstr. 10

Mittwoch, 30. Juni, 18.30 Uhr, Leipzig
 Lateinamerika. Hinter dem Horizont der Weltpolitik. Mit Dr. Peter Hamann, Leipzig ***
 Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Donnerstag, 1. Juli, 19 Uhr, Dresden
 Historische Wurzeln der ethnologischen und konfessionellen Spannungen im Irak. Mit dem irakischen Wirtschaftswissenschaftler und Publizisten Prof. Dr. Kadhim Habib, Berlin (gemeinsam mit Ausländererrat Dresden)
 Internationales Begegnungszentrum (IBZ), Heinrich-Zille-Str. 6

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

Polnische Ostsee, deutsche
 Hotelpension 22,00 € ÜF
 Tel.: 00 48 91-3 81 11 72, www.hs.tapl

Unser Genosse

Horst Winkler

wurde am 21. Juni

65 Jahre.

**Wir wünschen ihm
 Gesundheit und alles
 erdenklich Gute**

Die Genossinnen und
 Genossen der
 PDS-Basisorganisation
 Lößnig II

Frauenkultur e. V.

Leipzig, Windscheidstr. 51

1. 7., 20.30 Uhr, Musikalische Lesung zum 200. Geburtstag von George Sand: *Nimm deinen Mut in beide Hände*

2. 7., 20.30 Uhr, Vortrag und Diskussion: *Menschen / Frauen / Recht Wasser* – Quell des Lebens oder der Rendite? Wasserversorgung im Strudel der Globalisierung

7. 7., 19 Uhr, Vortrag und Diskussion: *Kinder auf dem Strich* – Kinderprostitution an der deutsch-tschechischen Grenze

8. 7., 20.30 Uhr, Ausstellungseröffnung und Vortrag: *Frauen in Afghanistan*. Anschließend Dokumentarfilm *Afghanisches Alphabet*

Feriersommer 2004

in Srbske Kamenice

Der Ferienland e. V. bietet wieder Ferienplätze für Kinder und Jugendliche von 7–17 Jahren in Tschechien vom 24. 7. bis 6. 8. und vom 6. 8. bis 19. 8. an. Das Camp mit 4- bis 6-Betten-Bungalows liegt mitten in der böhmischen Schweiz. Der Teilnehmerpreis beträgt 215 Euro. Nähere Informationen unter Tel. 0341-304 78 82 oder www.ferienland-sachsen.de

BUCHHANDLUNG RIJAP

Literatur für SIE

Im Juni neu bei uns:

Ottokar Domma: Das dicke Ottokar-Buch. Eulenspiegel, 19,90 Euro

Ala Bashir, Lars S. Sunnana: Im Namen des Terrors. Saddams Leibarzt erzählt. List, 22 Euro

Hans Leyendecker: Die Lügen des Weißen Hauses. Warum Amerika einen Neuanfang braucht. – Hans Leyendecker zeigt, wer warum lügt. Rowohlt, Reinbek, 14,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Es ist wieder so weit!

Das linke Reisebüro TUK organisiert vom

27. 8. bis 1. 9. 2004

eine Reise rund um die Schneekoppe.

Die Teilnehmer können, wie in jedem Jahr, auch 2004 am traditionellen ANTIFA-Treffen mit tschechischen und polnischen Gästen in Mala Upa teilnehmen.

Es finden außerdem interessante Ausflüge und ein Folkloreabend statt. Der gestützte Reisepreis, inkl. 5 Übernachtungen/HP in Spindleruv Mlyn, Hotel „Olympia“, beträgt 296 Euro.

Weitere Informationen unter Tel.: 0341-688 35 02 oder beim Reisebüro Tel.: 030-423 33 33 bzw. Fax: 030-423 33 22

Roland Opitz

Jubiläumslesung zum

70. Geburtstag

Schriftsteller und Wissenschaftler lesen

am **4. Juli, 15 Uhr,**

in der Moritzbastei / Ratstonne.

Alle Prof. Dr. Opitz verbundenen

Freunde und ehemaligen Kollegen

sind herzlich eingeladen

Theatrium

Leipzig, Miltitzer Allee 52

28. 6., 19 Uhr und 29. 6., 11 Uhr, Tasivan Zirkuszelt (WK 8): **Kuller räumt auf** – ab 3 Jahre

2. und 3. 7., 19 Uhr, Jugendtheaterperformance: **Blau 2** – ab 14 Jahre

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
 FSD PhR Friedrich Roßner
 Fachapotheker für
 Allgemeinpharmazie
 Karlsruher Straße 54
 04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
 Arzneimittel-Information
 Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
 Büro / Apothekenleiter

Louise-Otto-Peters-Gesellschaft

1. 7., 20.30 Uhr, Windscheidstr. 51, Frauenkultur e. V.: *Nimm Deinen Mut in beide Hände* (George Sand) – ... mit den Muth'gen will ich's halten (Louise Otto-Peters). Es lesen: Ilona Henker, Helga Sylvester und Luise Wilsdorf. Am Klavier: Ulrike Gottlebe-Ebert und Prof. Hermann Wolf. Einleitung und Moderation: Dr. Heide Steer

4. 7., 10 Uhr, Haus des Buches, Leipzig, Gerichtsweg 28: *Lesung in Erinnerung an August Peters (4. 3. 1817–4. 7. 1864), Journalist und Schriftsteller, aus seinen Texten* (gemeinsam mit Freundeskreis Karl May Leipzig e. V.)

Naturkundemuseum

Leipzig, Lortzingstr. 3

4. 7., 10.30 Uhr, Führung: *Von der Amsel bis zum Zaunkönig – Vögel unserer Gärten*

6. 7., 15 Uhr, für Kinder: *Wir fertigen Blüten in Filztechnik*

11. 7., 10.30 Uhr: Eröffnung der Sonderausstellung *Vorsicht Zecken* mit Vortrag *Gefahr durch Freilandzecken*

Sonderausstellungen bis 15. 8.: *Hatschi ...! Pollen! – Blütenstaub in Medizin und Archäologie*

bis 26. 9.: *Schaubeute Honigbienen*

11. 7.–8. 8.: *Vorsicht Zecken*

Vitrinenausstellung bis 25. 7.: *Spiele und Spielzeug aus der archäologischen Sammlung*

Konzern-Sponsoring über die Werbung?

Das funktioniert bei einem linken Blatt aus beiderseitiger Abneigung nicht. Alljährliche Preiserhöhungen muten wir Ihnen nicht zu.

Finanzieren müssen wir uns dennoch!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein feines Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein

Geschenkabonnement ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündigt.

Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers



Und da soll man nicht ostalgisch werden. Übrigens: Das gute Stück fährt dank eines stolzen und schraubfreudigen Besitzers und ist in Grimma zugelassen. Foto: wart

Reinhard Lochner

Ein Wähler ist ein Mensch, der am Sonntag seine Stimme abgibt und sich am Montag wundert, dass er keine mehr hat.

Wählen heißt: seine Stimme abgeben. Sprache ist verräterisch.

Was man auch immer von Wahlen halten mag: sie allein sind der Weg, tote ABM in lebende „Amtsbeschaffungsmaßnahmen“ zu verwandeln.

Was die Menschheit am dringendsten braucht, ist eine Politik, die nicht von Politikern gemacht wird.

Das bürgerliche Recht kennt den Strafbestand des Wahlbetruges, nicht aber den des Wählerbetruges.

Es war einmal ein Schneider, der nähte am Morgen das Kleid der Freiheit, am Mittag die Hosen der Moral und am Abend das Mäntelchen der Demokratie.

„Das reicht!“, sagte das nackte Geld, als es in der Nacht kam und seine Sachen abholte.

Mundwerk hat goldenen Boden.

Was an den Zuständen in Deutschland wirklich empört, ist die Tatsache, dass sich keiner wirklich darüber empört.

In einer Demokratie kann jeder sagen was er denkt. Aber er muss nicht denken.

Zitiert

Vielleicht war der famose Einigungsvertrag von Schäuble und Superossi Krause auch gar keine Besitzurkunde, sondern eine Art völkerrechtlicher Pachtvertrag für die Kleinspartenanlage „Blühende Landschaften“ und ihre fünf unergiebigsten Parzellen. Dann könnte man ihn eventuell ja auch mal wieder kündigen – sozusagen im gegenseitigen Einvernehmen und wegen anhaltender unüberbrückbarer Abneigung. ...

Wer hat den Ossis eigentlich eingeredet, dass das Kapital, das scheue Reh, sich anlocken ließe, wenn es nur genügend Pisten vorfände, auf denen es sich den Gewerbegebieten nähern kann? In Zeiten, in denen das Kapital mit einem Tastenklack zwischen Dingelstädt im Harz und Hongkong in Asien hin- und hergeschickt werden könnte! Wer hat ihnen die Kläranlagen, Spaßbäder und Golfhotels eingeredet? Wer es auch war – sie haben Dumme gefunden. Und wer es auch war – es waren Westler, Terrorkommandos des freien Unternehmertums.

• MATHIAS WEDEL
IN: EULENSPIEGEL 6/04

Da helfen nur die Schweden

Streit ist im benachbarten Halle vom Zaun gebrochen worden, und als man uns davon in einer Schenke berichtete, staute sich das alkoholfreie Bier in unseren Hälsen. Als wir weiterzogen, kamen wir zu einem Heimatfest, bei dem sich viele als schwedische Soldaten verkleidet hatten, um ein wenig Mittelalter zu spielen. Denen rieten wir nach dem Spektakel, auf Halle vorzurücken, um dort die Ordnung wiederherzustellen.

Der Sachverhalt: Am 1. August wollten sich 21 Gemeinden zur „Einheitsgemeinde“ Schkopau zusammenschließen.

Schon der Begriff „Einheit“ erschien uns im höchsten Grade suspekt. Man sollte ihn nach unserer Vergangenheit mit der „Einheitspartei“ vermeiden. Damit nicht genug: Als der Plan ruckbar wurde, erschien Halles Oberbürgermeisterin auf dem Plan und verkündete: „Halle muss wachsen!“ Um das zu erreichen, sollen die nach Schkopau strebenden Gemeinden Halle angeschlossen werden. Der Schkopauer Bürgermeister winkte energisch ab: „Ein alter Hut! Halle will sich die Rosinen herauspicken, um seine Stadtfinanzen zu sanieren. Nicht mit uns.“ Ehrlich: Da kann nur eine Schweden-Intervention aus der Not helfen. In Jessen schmuggelten wir uns in eine Be-

Wanderungen
durch Neufünfland

triebsjubiläumsfeier. Seit zehn Jahren stanzen sie dort wieder Bleche und schreiben schwarze Zahlen. Da konnte auch eine Grußbotschaft des Hauptgeschäftsführers der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau nicht fehlen, in der ganz besonders hervorgehoben wurde, dass damit in Jessen wieder ein Beschäftigungsstand von 50 Prozent der maroden Vorwendezeit erreicht worden ist. Bravo! Einer aus unserer Runde murrte: „Man hat sich scheinbar schon an solche Jubelzahlen gewöhnt.“

In Thüringen wurde erst der Landtag gewählt, nun kommen die kommunalen Vertretungen dran. In Hessles hinter den sieben Bergen hielt man uns für Weise aus dem Morgenland und bat um Rat. Auf dem Wahlzettel fehlt ein Bürgermeisterkandidat, aber wir fanden heraus, dass der dennoch gewählt werden kann, wenn die Wähler handschriftlich einen Namen eintragen und dieser Name oft genug auftaucht. Nächstes Problem: Der Wähler hat sechs Stimmen, auf dem Zettel stehen aber nur vier Kandidaten. Einer wusste die Lösung: Gültig ist die Wahl wenn zwischen einer und sechs Stimmen abgegeben werden. Nun müssen die Hessleser nur noch zur Wahl gehen. Wir zogen weiter.

• KLAUS HUHN

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

In den USA spielen junge und ältere Männer – vor allem Lehrer, Anwälte, Unternehmer – Krieg in SS-Uniformen mit deutschen Beutewaffen und schwerem Gerät aus dem zweiten Weltkrieg. Ein Deutscher, ehemaliger Angehöriger der Bundeswehr, führt die 240 Mann starke „Leibstandarte Adolf Hitler“, eine andere Einheit nennt sich „SS Hohenstauffen“. Ein Geschichtslehrer erklärt seinen Schülern deutsche Geschichte vor allem an Hand der Tapferkeit der Waffen-SS, durch die Beschreibung des Münchner Hofbräuhauses, von Schloß Schwanstein usw. 3sat 2. 6.

„Wir berichten weiter von der Konferenz zu erneuerbaren Energien aus dem alten Bundestag in Bonn.

..... Verehrte Hörerinnen und Hörer, wir müssen unsere Übertragung leider unterbrechen, da im alten Bundestag die Stromversorgung zusammengebrochen ist.“ DLF 1. 6.

Zwei Milliarden Menschen auf der Welt haben keinen Zugang zu Elektroenergie. DLF 2. 6.

40 Prozent aller Unternehmen in der BRD beschäftigen keinen Menschen über 50 Jahre. Die Fa. Deichmann sucht zum Beispiel Verkäuferinnen – bis 38 Jahre.

Seit dem Jahre 2000 gibt es eine EU-Richtlinie gegen Altersdiskriminierung. Sie wurde von Ministerin Renate Schmidt (60) nicht in deutsches Recht umgesetzt. Die EU will jetzt den Europäischen Gerichtshof anrufen. ARD Monitor 3. 6.

Mit der Landung der Alliierten in der Normandie begann die Befreiung Europas. Bundeskanzler Schröder

Wir machen hier einen Rummel. Dabei haben die Russen die Hauptlast des Krieges getragen und dabei 20 Millionen Menschen verloren.

Ein amerikanscher Kriegsveteran.
Beides DLF 4. 6.

• GEFUNDEN VON MANFRED ERBE



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzigs_neue@t-online.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung: BERGdigital, Hans-Jürgen Berg, Ziegelstraße 7c, 04420 Markranstädt. Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062 E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. Juni
Die nächste Ausgabe erscheint am 9. Juli